

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Flugprolet“, „Die Rote Sichel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Permsdorf, Seifendorf, Neu-Galabrunn, Weikstein.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Goldpfennig. — Kleinanzeigenpreis: Die Millimeterzeile 3 Zeilen oder deren Raum im Satz 50 Goldpfennig.

Dienstag, 12. August 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligem Erscheinen monatlich 2,25 Bm. wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Straßenhändler u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 60. — Postkontonummer Breslau Nr. 310 50 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Der Aushungerungsfeldzug beginnt! Der Brotwucher vom Reichsrat angenommen.

Die Annahme des Sachverständigenutachtens steht vor der Tür. Die deutsche Montanindustrie, der größte Teil der deutschen Industrie überhaupt ist gewillt, die Vorschläge der Sachverständigen und ihrer Verschärfung durch die Londoner Konferenz bedingungslos hinzunehmen. Bedeuten doch die Verschärfungen zum großen Teil nur eine stärkere Belastung des Proletariats.

Die Freunde der deutschen Bourgeoisie und ihre mit ihnen aufs engste Verbündeten, die Großgrundbesitzer, sollen erkaufte werden, um ihre Stimme für die Annahme des Sachverständigenutachtens zu geben. Sie lassen sich nur allzugern kaufen. In Deutschland hat sich neben der allgemeinen Krise eine besondere Agrarkrise entwickelt. Sind im Weltmarkt die Preise der agrarischen Produkte im allgemeinen nicht so stark gestiegen gegen die Vorkriegszeit als die Industrieprodukte, so liegen die Preise der agrarischen Produkte in Deutschland unter dem Weltmarktpreis. Diese Preisdifferenz steht in engem Zusammenhang mit der Form, in der die deutsche Krise aufgetreten ist, mit der Kreditkrise.

Die deutsche Großgrundbesitzerklasse hat viele Vorschläge gemacht, um dieser Krise zu begegnen. Diese Vorschläge bedeuten freilich nichts Geringeres als wie eine ungeheuerliche Verschlechterung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats und der deutschen Kleinbürger. Diese Vorschläge haben eine entscheidende Wirkung auf die Lage der kleinen Bauern, die dadurch verdrängt wird. Der erste Vorschlag ging nach der völligen Ausfuhrfreiheit. Die deutschen Großgrundbesitzer führen ihr Getreide aus nach dem Ausland ohne Rücksicht darauf — selbstverständlicherweise — daß die Nahrungsmittel zur Ernährung der werktätigen Massen genügend vorhanden sind oder nicht. Im vorigen Jahre hieß es, das Volk verhungert bei vollen Scheunen. In diesem Jahre macht man die Scheunen leer, verschleibt das gesamte Getreide nach dem Ausland, will man befürchten, das deutsche Proletariat könne darauf kommen, die vollen Scheunen selbst in die Verwaltung zu nehmen, die Großgrundbesitzer, die gemeinschaftlich mit der Bourgeoisie vom Marke ihrer Knochen leben, davon zu jagen.

Ein zweiter ungeheuerlicher Vorschlag ist nun gemacht worden. Der Reichsrat hat den Regierungsentwurf angenommen.

Danach werden die Lebensmittelzölle in der vollen Höhe, wie sie in der Vorkriegszeit gestanden haben, wieder eingeführt und zwar für:

- „Roggen, Weizen, Spels, Gerste, Hafer, frische Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Speck und einfach zubereitetes Schweinefleisch“.

Dieser Beschluß ist vom Reichsrat angenommen worden. Was bedeutet dieser Beschluß?

Dieser Beschluß bedeutet eine ganz ungeheuerliche Lohnkürzung für die Löhne des Proletariats. Zu den ungeheuerlichen Lohnkürzungen, zu der ungeheuerlichen Senkung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats durch die Auswirkungen des Anschlags der Sachverständigen kommt diese Lohnkürzung, bedingt durch eine riesige Verteuerung der Lebensmittel hinzu. Die zwanzig Millionen, die nach dem deutschen nationalen Münchner Professor v. Gruber zuviel in Deutschland leben, sollen auf möglichst rasche Weise dem Hungertode überantwortet werden.

Die deutsche Bourgeoisie ist völlig zufrieden mit der erneuten Aufrichtung der Schutzmauern. Sie weiß, daß mit der Durchführung des Sachverständigenutachtens das Arbeitslosenheer ins Riesige anzuwachsen wird. Dieses ungeheuerliche Arbeitslosenheer wird nach der Ansicht der deutschen Bourgeoisie jede entsprechende auch nur geringe Erhöhung der Löhne verhindern.

Gegen diesen ungeheuerlichen Anschlag der deutschen Großgrundbesitzer gemeinschaftlich mit der deutschen Bourgeoisie muß mit allem Nachdruck eine Mobilisation der Massen eintreten.

- Kampf diesem Hungergeheiß,
- Kampf diesen Lohnkürzungen,
- Kampf dieser Bevormundung der Lebenshaltung!

So müssen die Massen des deutschen Proletariats zusammen mit den Massen der städtischen Kleinbürger, zusammen mit dem Landproletariat, mit den kleinen und mittleren Bauern geführt werden.

Überall in den Betrieben, großen Versammlungen müssen die Kommunisten über diesen neuen Anschlag aufklären, die Zusammenhänge aufzeigen mit dem Raubplan der Sachverständigen und die Massen zum Kampf gegen beide führen.

Sowjetbanner gegen Schwarz-rot-gold.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 11. August.
Am Montag beabsichtigte die Berliner Gewerkschaftskommission unter dem Schutze der Schupo-Mitglieder und des Schwarz-rot-goldenen Reichsbanners, eine Demonstration zur Freier der Verfassung.

Die Kundgebung vor dem Reichstag für die Schwarz-rot-goldenen Drahtzieher. Die Arbeiterkassen marschierte zwar in wüthiger Zahl auf, aber nicht unter dem Schwarz-rot-goldenen Banner der SPD, sondern unter den roten Sturmflaggen der KPD.

Obwohl die kommunistische Partei nicht zur Kundgebung aufgefordert hatte, krönte die Berliner Proletariat im Lustgarten zusammen und verübten die sozialdemokratischen und demokratischen Redner am Sprechen; die Kommunisten sich die Redner der SPD überall Gehör verschaffen und die Massen auf die Bedeutung des Tages und die Wichtigkeit des Kampfes gegen das Schwarz-rot-goldene System der Unterdrückung aufrufen.

Vielfach wurden brutale Geheulen des Reichsbanners, die sich provozierend benahmen, verprügelt.

Manche Schwarz-rot-goldene Fahnen fiel dem Zorn der Massen zum Opfer.

Nach Schluß der Demonstration, die sich zu einer wüthigen Kundgebung für die KPD, und für die proletarische Revolution gestaltete, zogen rote Fahnen von Arbeitern unter dem Schlag revolutionärer Parolen und unter lauten Schreien auf die III. Internationales und die Revolution, durch die Straßen.

Verhaftung der Zentrale der Kommunistischen Partei Polens.

Polnische Blätter melden, daß das Zentralkomitee der KPD verhaftet worden sei. Eine Reihe von Broschüren, Flugblätter usw. seien beschlagnahmt worden. Gerade jetzt in den Tagen des Streiks in Polen überhöhen sich die härtere kommunistische Verfolgung von Seiten der Behörden ein, um die Schwerverfugung leichter durchzuführen zu können.

Die Sozialpolitik des Zentrums.

Von Peter Maslowski (Schluß)

Die „christliche Nächstenliebe“ der Zentrumsvertreter offenbarte sich weiter in der von diesen bewilligten Wohnertreuerunterstützung. Die kommunistischen Forderungen auf ein Entbindungsgeld von 100 Mark, einem Wochengeld von 4 Mark täglich, einem Stillsitzgeld von 2 Mark täglich und auf unentgeltliche Hebammendienste und ärztliche Behandlung schienen sie höhnisch als undiskutabel ab. Dagegen soll eine Proletarierfrau nach dem Willen des Zentrums mit 20 Mark Entbindungsgeld, 50 Pfennig Wochen- und 25 Pfennig Stillsitzgeld gesunde Kinder aufziehen! Diese christlichen Heuchler werfen dann allerdings den ersten Stein auf jene von Not gequälte Frau, die ihre Abtreibung an ihrem Körper vornimmt, weil sie kein Kind zur Welt bringen möchte, das doch dem Hungertode oder der Verkrüppelung durch Unterernährung ausgesetzt ist.

So kam man nacheinander alle die einzelnen Kategorien der von der Sozialpolitik abhängigen Armen der Armen, die Unfallrentner, die Invalidenrentner, die großen Krankheitsversicherten usw. ins Auge faßten, jedesmal gibt es ein und dasselbe: Die angeblichen „christlichen“ Vertreter fliegen zwar in Worten über vor Nächstenliebe, in der Tat aber lassen sie zur höheren Ehre des „gottgewollten“ Kapitalismus die Opfer dieses kapitalistischen Raubsystems hungern und verhungern.

Invalidenrentner z. B. sollen nach dem angenommenen Zentrumsantrag statt 13 Mark pro Monat (!) jetzt eine — ganze Mark mehr erhalten. Die christliche Invalidenrentner, die doch auch von Brot und nicht von schönen Phrasen über „christliche Sozialität“ leben, mit diesen 14 Mark monatlich oder nicht einmal 50 Pfennig täglich existieren sollen, das soll ihnen einer mal lassen. Vielleicht tut einmal ihr Parteigenosse, der brave Zentrumsstreif und Reichstagsabgeordnete, Herr Florian Röckner, Schwerindustrieller Kommagion Peter Röckner.

Es verwohndlich nur das Bild der mit großem Geschrei ausposaunten „christlichen Caritas“ des Zentrums, wenn im Zusammenhang mit der skandolösen Sozialpolitik dieser „Christen“ noch eine Tatsache arbeitsfeindlicher Zentrumspolitik aus der Parlamentsarbeit der letzten Zeit erwähnt wird.

Im Rechtsausschuß des Reichstages stimmten die Zentrumsvertreter sämtlich Anträge auf Amnestierung der Laufenden wegen politischer Betätigung in den Gefängnissen sitzender Arbeiter nieder. Geschweige denn, daß das Zentrum die Proletariats, die aus Not während der schrecklichen Inflationsperiode mit dem Kerker Bekanntschaft gemacht haben, freilassen will, das Zentrum war loy.

Gegen die Freilassung der proletarischen Gefangenen vom Kapuzinerberg, obwohl noch sehr viele christliche Arbeiter biederhaft im Kerker schwanden. Wenn dieser Takt eine christliche Bergarbeiterversammlung des Kapuzinerbergreviers protestiert gegen ein Ehrensurteil des bürgerlichen Gerichts gegen Arbeiter wegen eines Landfriedensbruches bei Solidaritätsaktionen und dabei erklärte, sie hätten kein Vertrauen mehr zu deutschen Gerichten, die mit zweifelhaftem Maß messen, so sollen die „christlichen“ Arbeiter zunächst einmal bei ihren eigenen Abgeordneten nach dem ... denn diese sind ja voll und ganz damit einverstanden, daß die Urteile der Klassenrechte gefällt und mit aller Brutalität durchgeführt werden. Christliche Frauen und Kinder mögen sich bei dem „praktischen Christentum“ der bürgerlichen Zentrumsabgeordneten bedanken, wenn sie ihres im Gefängnis sitzenden Ernährers weiter herabstößeln und am Hungerloch nagen!

In einigen Teilen von Schlesien, Neurode, Glas, besonders aber in Oberschlesien, stehen noch hunderttausende Arbeiter hinter dieser verlogenen bürgerlichen Partei.

Ihnen müssen die Augen über die schandvolle Rolle des Zentrums geöffnet werden. Dann wird der Zentrumssturm am 21. September ins Rollen geraten.

Das Zentrum wird hinter dem Schutzwall von Religion und hinter dem Phosphorbergel von christlicher Sozialität in der raffiniertesten und demoralisierendsten Form so lange ...

Die Geschäfte des Kapitalismus betreiben lassen, solange die christlichen Arbeiter ohne in der Partei der Schlingen und Rindern auch nur ein Wort sagen zu können, sich zu bloßem Stimmvieh und zu bloßen Statisten hergeben. Erst wenn die christlichen Arbeiter erkennen, daß ihre Lebenslage nur gebessert wird durch den entscheidenden Kampf gegen alle Kapitalisten, ob Juden, Heiden oder Christen, wird der Zentrumssturm nicht mehr möglich sein. Erst aber die christlichen Arbeiter zu dieser Erkenntnis gelangt, dann können sie sich nur ...

der kommunistischen Partei angeschlossen ...

die einzig und allein den Klassenkampf gegen den Kapitalismus ...

Der „Geist“ der Republik lebt.

(Eigener Drahtbericht.)

Anlässlich der Verfassungsfest erschienen der Reichspräsident und Sevring in Münster.

Die Offiziere der republikanischen Reichswehr hatten abgelehnt, das Staatsöverhaupt zu empfangen. Am dieser Not abzuhelfen, wurde schnell ein Kommando Eisenbahner als Ehrengarde zum Empfang ihres Herrn abkommandiert. „Die Reichswehr hat Großes geleistet“, Sevring.

Was blüht Euch?

(Eigener Drahtbericht.)

Die Arbeitgeber der Metallindustrie in Maaßen-Gladbach erließen ein Rundschreiben, in dem sie bis Mai 1925 eine 60 bis 72stündige Arbeitswoche bei 10% Lohnabbau fordern. Die Kurzarbeiter sind hier in den Streik getreten, da ihre Löhne niedriger als die Unterfügung der Erwerbslosen waren.

Post's Polizei flieht!

Die Hebergänge der hannoverschen Polizei nahmen immer idärfere Formen an. Drei bis viermal am Tag wird in dem Büro der KPD in Hannover Hausdurchsuchungen gehalten. Flugblätter und sämtliches Druckmaterial wird beschlagnahmt. Willkürlich wird alles, was der Polizei polit. mitgenommen. Ein Offizier beschlagnahmte Organisations-Schemata, die zur Durchorganisation der Partei im hannoverschen Bezirk erforderlich waren. Trotz mehrmaliger Aufforderung weigerte sich der Offizier, die Sachen der Arbeiter einzuliefern. Die Sachen wurden beschlagnahmt, er habe es nicht nötig.

Die Rache der Hamburger Justiz.

Seit dem Oktober 1923 wurden von der Hamburger Polizei 300 Arbeiter gerichtlich verfolgt. Von Anwälten der Rosenstraße sind bis jetzt 200 Akten bearbeitet worden. Jetzt befinden sich noch 15 Arbeiter im Zuchthaus, 69 im Gefängnis, 64 auf Festung und Hunderte von Arbeitern in Untersuchungshaft. Ein Teil Arbeiter wurde monatelang in Haft gehalten, um dann, als die Nichtigkeit der Beschuldigung sich herausstellte, ohne Entschädigung freigelassen zu werden.

Nur Kerker und Qual schreit das Gebot: Arbeiter! Genossen! Rote Hilfe tut not!

Bekanntmachung.

In alle revolutionären Arbeiter in Oberschlesien!

Dem gesamten revolutionären Proletariat in Stadt und Land, in allen Gruben, Hütten und Fabriken Oberschlesiens geben wir hiermit zur Kenntnis, daß die von den russischen Arbeitern des Krasnaja Projesna gestiftete rote Fahne

in Oberschlesien eingetroffen ist.

Die russischen Arbeiter und Bauern entboten mit der Fahne der gesamten werttätigen Bevölkerung Oberschlesiens ihre brüderlichen Grüße und erhoffen von ihr, daß sie das Symbol der Brüderlichkeit und Solidartät in Ehren halten wird.

Sie knüpfen an dieses Solidartätssymbol den Wunsch, die Befreiung der Arbeiter Oberschlesiens sowie aller Länder vom kapitalistischen Joch möge in der kürzesten Zeit eintreten, damit der Qual, der Not und dem Elend endgültig ein Ende bereitet wird.

Auch wir wünschen der ober-schlesischen Arbeiterschaft, daß dieses Banner stolz und siegesbewußt ihnen in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus voranwehe.

Möge sich das ober-schlesische Proletariat dieses Symbols würdig erweisen.

Gleiwitz, den 4. August 1924.

Mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung Oberschlesien der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der III. Internationale.

Die Revolutionsoffer ermahnen die Arbeitermassen zur „Roten Hilfe“.

Ein alter Genosse, der bei den Unruhen im Jahre 1921, die von Däumig propagiert waren, eine Kugel schwer verletzt wurde und das linke Bein verlor, schreibt an die „Rote Hilfe“ folgenden Brief, der eine ernste Ermahnung an die gesamte Arbeiterklasse ist, noch hingebungsvoller als bisher die Sittlichkeit der „Roten Hilfe“ zu fördern:

„Meine Genossen!

Ihr werdet Euch wohl in meine ärmliche Lage hinein-denen können, in der ich mich befinde. Sonst würdet Ihr ja nicht für mich eintreten. Vielleicht interessiert Euch eine kurze Schilderung meines Lebens.

1870 wurde ich geboren, besuchte die Dorfschule und lernte später den Maurerberuf. Ich ging darauf auf die Wanderschaft und beschäftigte mich schon in jungen Jahren für die Interessen der Arbeiterschaft. Als ich dann später in meine Heimat kam und heiratete, habe ich recht an dem Bestreben der Unterdrückten gearbeitet. Was das heißt, auf dem Lande in der damaligen Zeit, Flugblätter zu verteilen und zu agitieren, das weiß nur der, der es mitgemacht hat und oft von den Bauern mit Stunden davon gesamt wurde. Trotzdem halte ich das Bewußtsein, daß unsere Arbeit reiche Früchte tragen werde.

Wir haben wohl den Samen gesät, aber die Früchte haben die Führer der Däumigpartei geerntet. Diese Heuchler und Verräter an der Arbeiterschaft haben heute alle in Ministerstellen und haben uns statt Brot blaue Bohnen zu füttern gegeben. Obendrein beschimpfen und verspotten sie uns. Ich bin in der Zeit wiederholt gemahnt worden und stand auf der schwarzen Liste der Unternehmer. So kam ich nach Halle. Hier wurde ich, wie viele andere Genossen, bei den Märzämpfen verwundet. Eine Kugel der weißen Garde zerschmetterte mir mein Bein und mir wurde dann wie ein Stück Brot vom Oberschenkel amputiert. Obendrein wurde ich dann noch schwerhörig und ich konnte meinen Beruf als Maurer nicht mehr ausüben.

Meine Familienverhältnisse sind nicht gerade die rosigsten. Ich habe drei Söhne und ein Mädchen. Der älteste Sohn ist Zigarrenmacher und auch Biercomputer. Von seiner Rente kann er nicht leben und auch nicht herbei. Der zweite Sohn ist verheiratet und seit über 26 Wochen arbeitslos. Der dritte Sohn ist seit 4 1/2 Wochen arbeitslos, alle haben sie bei den Kämpfen mit in vorderer Reihe gestanden. Ihr werdet es verstehen, wenn ich so von meinen Kindern keine Unterstützung erhalten kann.

Liebe Genossen! Ich wollte Euch das nur einmal mitteilen, aber glaubt ja nicht, daß mich die herrliche Gesellschaft kein kitzeln wird. Trotz meines Mißgeschicks und trotz meiner beschwerlichen Lage, die ich für die Arbeiterschaft gebracht habe, habe ich doch den großen Glauben, daß unsere Sache den Sieg erringen wird.

Ich danke Euch nochmals herzlich für die Hilfe, die Ihr mir durch die „Rote Hilfe“ gegeben habt. Es ist erfreulich, daß die Arbeiterschaft eintritt durch die „Rote Hilfe“ die Not der Revolutionsoffer zu lindern.

Kampfen gegen den Dawesplan.

Am dem Kongress der Internationalen Föderation der Arbeiterparteien wurde die Dawes-Kommission gegen den Dawesplan. Es ist im Verlauf des Kongresses auf internationaler Ebene die Meinung der Arbeiter und internationalen Arbeiterschaft auf neue zu richten. Können er nicht abgewendet werden, so würde damit eine neue Epoche der Kolonisierung Europas und der Ausbeutung der Arbeiter als Sklavensklave der Welt einleiten. Es ist Pflicht aller Arbeiter, diesen Plan mit aller Macht zu bekämpfen.

Neuer Justizmord in Arbeit?

Die unerschütterliche Ehrlichkeit und Sittlichkeit, die die revolutionäre Arbeiterschaft ihren Opfern vor. Nicht nur, daß sie die Kolonialkrieger Arbeiter gründlich von ihren Familien wegtrieb und die Frauen mit ihren Kindern grenzenloser Not überantwortete, werden jetzt die Gefangenen in ihren Zellen den größten Hunger ausgesetzt.

Der im Oktober v. J. durch die Sino-Schwererwundete Genosse Weiß aus Schalkau wurde vor kurzem zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Trotz seiner ungeschuldeten Verurteilung ist er hinter Schloß und Riegel gesperrt worden. In der Zelle hat sich sein Leben wehenlich verstrichen. Das

verwundete Bein begann zu eitern. Trotzdem wird Genosse Weiß nicht ins Krankenhaus überführt. Er läuft Gefahr, zu Grunde zu gehen, wenn ihm nicht sofort Hilfe zuteil wird.

Wenn jetzt nicht sofort eine energische ärztliche Behandlung des Genossen Weiß eingeleitet wird, geht Genosse Weiß nach Feststellung des Gefängnisarztes seines Beines verlustig. Noch immer aber häßt die Justiz ihre Opfer hinter Gitter gesperrt.

Die Arbeiterschaft wird aufs niederträchtigste durch die Ebertjustiz propagiert. Ganz bewußt läßt sie die Revolutionäre zugrunde gehen.

Die Arbeiterschaft darf nicht länger dulden, daß ihre Brüder durch reaktionäre Mächenschaften zu Tode gequält werden.

Rieber mit der weißen Massenjustiz!
Seraus mit den politischen Gefangenen!
Frei mit der Amnestie!

Ein neuer Haarmann-Scandal.

In Düsseldorf ist die Polizei wiederholt auf kapitalistische Schlemmergruppen hingewiesen, die ihren homosexuellen Neigungen frönen, indem sie sich arme Proletariat um Geld für ihre Feite kaufen. Mit Verwünschungen werden junge Proleten in die Jagdantenn-Räuber, vor allem in die sogenannten Contingents gelockt, wo sie sich betrinken müssen und dann von den Mitgliedern des Rades mißbraucht werden. Der sozialdemokratische Polizeibeamt Haas schreibt natürlich nicht ein, er hat genug mit Kommunistenverfolgungen zu tun.

Das erste Terrorurteil in der Reichswehr-Serie.

Am Mittwochvormittag hat vor dem Staatsgerichtshof unter verurteiltem Vorbehalt die Prozeß-Serie gegen Arbeiter und Soldaten wegen „kommunistischer Umtriebe in der Reichswehr“ begonnen. Am selben Tag wurde das erste Urteil gefällt, das eine weitere unerhörte Verhärtung des weißen Justizterrors bedeutet. Der Ingenieur Oswald Dieke aus Berlin II. wie wir kurz melden, zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er am 16. Oktober 1923 verurteilt haben soll, zwei Angehörige des Reiterregiments zu Hofeismar durch Flugblätter zum Un-

gehorsam gegen die Offiziere und zur Verweigerung der Blutarbeit gegen revolutionäre Arbeiter aufzufordern.

Der Beurteilte bestritt entschieden die weiteren Anklagepunkte: er habe von der Reichswehr niemals zu kommunistischen Zwecken oder in kommunistischem Auftrag Waffen zu kaufen versucht; er gab nur zu, daß er an zwei Reichswehrsoldaten Flugblätter mit ihm selbst nicht genau bekanntem Inhalt gegeben habe. — Dafür erteilt der Staatsgerichtshof unter sozialdemokratischer Mitwirkung aus dem Munde des Präsidenten Niedner 2 1/2 Jahre Zuchthaus! (Ein Urteil, das selbst dem „Vorwärts“ zu ungeheuerlich ist!)

Unter den elf Zeugen befanden sich verschiedene Soldaten des Reiterregiments. Schon an diesem ersten Tag gab es den ersten Zusammenstoß mit dem Senatspräsidenten Niedner. Die Verteidigung lehnte diesen Präsidenten ab, gegen den Rechts-anwalt Dr. Samter wegen unerhörten Auftretens im Königsberger Prozeß bereits das Disziplinarverfahren beantragt hat. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Dr. Lesser wider-sprach dem Ablehnungsantrag in den drohendsten Tönen. Das Gericht lehnte darauf den Antrag ab. — Niedner verteidigte als neuernannte Mitglieder des Staatsgerichtshofes den Professor Salomon aus Leipzig und den Oberlandesgerichts-präsidenten Reuter von dem seit Jahren besonders berüchtigten Gericht zu Naumburg.

Der deutsche Landarbeiterverband als Solidarisierungsorganisation.

In Mecklenburg wird von den DDB-Bürokraten eine systematische Propaganda für das Reichsbanner Schwarz-rot-gold ausgeübt. In den Versammlungen sprechen sie äußerst radikal und erklären, daß sie zu den äußersten Mitteln greifen wollen. Am Schluß der Versammlung kommt dann die Aufforderung, deshalb in das Reichsbanner Schwarz-rot-gold einzutreten. Sie nutzen systematisch die Notlage der Landarbeiter aus und reden ihnen ein, das Reichsbanner würde in den Kämpfen auf Seiten der Arbeiter eingreifen. Unsere Genossen müssen den Landarbeitern zeigen, daß die wahre Aufgabe des Reichsbanners Schwarz-rot-gold nur in der Niedererschlagung der Arbeiter besteht.

Dawes — der Friedensengel!

Der Dawesplan für die amerikanischen Produkte wird durch seinen Inhalt immer größeren Mengen von Waren bleiben unerschaffen. Die Millionen-Dollar in Gold sind in den amerikanischen Schatzkammern aufgefressen. Die Anbahnung von Tausch und Geld in Amerika bringt jetzt auch die Weltmärkte des Kapitalismus in die Vereinigten Staaten. Das amerikanische Kapital stellt sich darauf ein, der Tag der gegen die Arbeiterschaft, die Forderung nach Abschaffung der Löhne wird von den amerikanischen Kapitalisten angenommen. Die amerikanischen Unternehmer nehmen den Kampf um das „Open Shop“ wieder auf. Sie fordern, daß in ihren Betrieben auch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen.

Die französische Subvention und der Kampf für die Verbesserung der deutschen und der französischen Erze bedroht die amerikanische Stahlproduktion. Auch aus diesem Grunde muß der amerikanische Kapitalismus aus seiner Isolation heraus-treten und sich in die europäischen Reparationsfragen mischen. Schon im Oktober vergangenen Jahres brach Hughes die Verbindung der amerikanischen Finanzkräfte aus und forderte die Einführung eines Planes, der den Zusammenhang der europäischen Wirtschaft verhindern sollte. Der Mann, der den entscheidenden Anteil an der Ausarbeitung dieses Planes als Vertreter der Vereinigten Staaten hat, ist der „General“ Charles Dawes. Dawes hat schon eine Vorgeschichte, die beweisen hat, daß er einer der hervorragendsten Vertreter des amerikanischen Kapitalismus ist. Im Jahre 1912 war in Chicago von William Lorimer eine Sparbank, die La Salle Street Trust and Savingsbank, begründet worden. Als eine Kontrolle durch den Staats-Bankentor drohte, stellte sich heraus, daß bei den Einzahlungen der Leinen-Saver eine Million, 250 000 Dollar fehlten. Lorimers Bank war faktisch bankrott. Um der Befreiung zu entgehen, wandte er sich an Dawes, dem Präsidenten der Central Trust Company. Dawes und Lorimer schloßen einen Vertrag. Dawes stellte der Sparbank

vorwärts die fehlende Geldsumme für die Zeit der Reorganisation zur Verfügung, so daß der Bankrott nicht sofort aufgedeckt wurde. Dieser Betrug kam an die Öffentlichkeit, als 1914 Lorimers Bank nicht mehr zu halten war. Die Gläubiger verklagten Dawes und Lorimer wegen Fortpflanzung falscher Zeugnissen. Dawes wurde verurteilt, die Summe von 1 250 000 Dollar an die Gläubiger zu zahlen. Durch Bestechung der Richter beim Appellationsgerichtshof und eine geschickte Presselampagne legte Dawes dar, daß die Summe auf 70 000 Dollar herabgesetzt wurde.

Während des Krieges wurde Dawes General. Er wurde Entlassener für Heeresleistung. Als solcher sorgte er dafür, daß seinen Kollegen und Auftraggebern ungeheure Summen in die Taschen flossen. Als eine Kommission des Kongresses Untersuchungen über die Beziehungen mit Heeresleistungen anstellte, weigerte sich Dawes, sich zu verantworten. Er erklärte durch die Ausbeutung etwaiger Unregelmäßigkeiten bei der Heeresleistung würde die Kriegsbegründung gelähmt werden und das Ansehen des amerikanischen Heeres und der amerikanischen Industrie herabgesetzt werden. Dawes setzte seinen Willen durch und wurde bekannt als der „Hölle“ Mann, der selbst gegenüber den Mitgliedern des Kongresses fluchen konnte: „Hölle und Maria!“

Dawes erwarb sich auch „herausragende Verdienste“ im Kampf um die Zertrümmerung der amerikanischen Gewerkschaften. Er unterstützte die Unterwerfung des amerikanischen Generalstaatsanwalts Daugherty, der sich ein Vermögen erwarb durch die Aktien der Pure Oil Company, die mit Dawes in enger Geschäftsverbindung stand. Dawes ist beschäftigt, weil er die Amerikanische Antitrustgesetzgebung in eine Anti-Gewerkschaftsbewegung umzuwandeln, als erster eröffnete er den Kampf gegen die Gewerkschaften, die er als „ungeheuerlich“ aufzufassen ließ. Dawes und seine Kameraden vollendeten dann die juristische Auflösung der Gewerkschaften in der Praxis, indem sie gegen organisierte Arbeiter, vor allem gegen

Streikende Maschinengewehre und Gasangriffe losließen. Dawes feierte Daugherty als den Mann, der eine neue Epoche der „Gesetzgebung und Ordnung“ eingeleitet hatte. Gleichzeitig erklärte er, die Demokratie sei die schädlichste und verhängnisvollste Regierungsform, denn in der Demokratie herrsche nur der menschliche Mob der Straße.

Um diesen Straßenpöbel und das amerikanische Proletariat zu bekämpfen, organisierte Dawes die „Minute Men of Constitution“, eine faschistische Organisation. Diese zeichnete sich durch rücksichtslose Angriffe auf alle Arbeiterorganisationen aus.

So wurde Dawes der „mächtigste und der hervorragendste“ Vertreter des amerikanischen Kapitalismus. Deshalb wurde er auch aussprechen, die „Befriedung Europas“ durchzuführen. Auch in Europa soll er die Verlängerung der Arbeiterorganisationen, den Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne durchzuführen. Auch hier soll er keine Fähigkeiten als Oberstleutnant beweisen.

So steht der Mann aus, der nach der Aussage der Hiltel-bing und Breitfeld den Frieden Europas, die Möglichkeiten eines Wiederaufbaues der Arbeiterklasse bringen soll!

Au die revolutionären Matrosen von Wilhelmshaven!

Am 30. August 1917 wurden in Wilhelmshaven 50 revolutionäre Matrosen zu 200 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 5. September 1917 wurden die Matrosen Reich-pietich und Köbes erschossen.

Wir rufen diese 50 Matrosen auf, uns umgehend ihre Ge-lebhalte und ihre Behandlung während jener Zeit, schriftlich mitzuteilen, zu überleben.

Die Kriegszurück der Leipzig und Genossen hat damals verhindert, daß jene Schandurteile der deutschen Öffentlichkeit bekannt wurden. Wir wollen heute dieses Verhängnis nach-holen.

Gleichzeitig bitten wir die revolutionären Matrosen, ihren christlichen Bericht eine Photographie beizulegen. Alle Be-merkungen sind zu richten an: An Land-ogelgeborenen Hugo Ober-stein, Berlin N. O., Rosenbäcker-Strasse 28.

Die Verfassungsfeier der toten Republik.

Jede Verfassung feiert ihr Fest. Die bürgerliche mit Choralen, Trompeterchören aus Parzival und Walgerweien, die proletarische mit neuem Kampfschrei, den Kapitalismus zu befeindigen. Was sich am Sonntag auf dem Schloßplatz abspielte hat war kein energischer, zielbewusster Aufmarsch proletarischer Kämpfer, sondern war der typische Aufmarsch der großen Koalition.

Zwischen Kirchen, Schlössern und Gefängnissen sammelten sich die Schächer der Republik unter stärkstem Aufgebot der Schupo. Welcher Republikaner würde auch für diese Republik sein Leben riskieren? Er wird die Republik nur so lange verteidigen, als er von allen Beobachtern unterstützt und geschützt wird. Welcher Sozialdemokrat wäre wohl fähig, zum Schutze dieser Republik zu sterben? In Halle, wo die Kommunisten gegen den faschistischen Rummel demonstrieren wollten, ließen sozialdemokratische Polizeipräsidenten die Arbeiter auseinanderhauen. In Fürstentum und anderen deutschen Städten daselbe Bild. Gätten die Kommunisten Gelegenheit, so aufmarschieren zu dürfen, wie das „Reichsbanner“, so würde kein Arbeiterführer mehr in Deutschland das Zettel schwingen dürfen. Aber alle kommunistischen Kampforganisationen (Hundertkämpfer usw.), die eine andere Begeisterung und Schwung wie das Reichsbanner in sich trugen, sind ja von Sebering verboten worden.

Wir wissen es, es gab unter den Demonstranten auf dem Schloßplatz viele ehrliche proletarische Elemente, die ihrer Besten für die arbeitende Klasse wollten. Diese Elemente werden aber von ihren Führern im Schach gehalten, denn wo hat einmal die Sozialdemokratie nach dem Jahr 1918 in wirklicher Weise gegen Kapital und Faschismus gekämpft? Die Gelehrten in den Demonstrationen gesungen wurden, waren sogar zum Teil revolutionär. Würden nur zehn Kommunisten über die Straße ziehen und daselbst singen, so lägen sie ein nächster Tage im Kerker, denn das deutsche Bürgertum kennt keinen Unterschied zwischen Wahrheit und Dichtung. Der gute Eindruck, den die SPD macht, wird solange ohne Bedeutung bleiben, als aus diesem Eindruck nicht der revolutionäre Ausbruch wird, d. h. der revolutionäre Klassenkampf.

Was würde wohl der alte Bebel gesagt haben, wenn er wüßte, daß vor den einzelnen roten Fahnen auf dem Schloßplatz ein leibhaftiger Waffe sprechen dürfte. Die Feier am Schloßplatz, die zwar mit großem Pomp aufgezogen wurde, war doch nichts weiter als eine arme, höfliche Kundgebung ohne praktische Auswirkung im Kampf gegen die Reaktion. Zwei Arbeiter, die ein paar Zettel mit ihren Parolen in die Luft geworfen hatten, wurden sofort fesselt, obgleich die Faschisten ungeführt ihre Zeitungen verkaufen konnten. Prügelspiel und Weitschen-Wiersch, die auf der Schloßrampe prunkten, schmunzelten dazu.

Der Gabelzug stempelte die ganze Breslauer Verfassungsfeier zu einer Farce. Wenn hat man wohl mit diesem Umzug, der zur Erleuchtung der Republik dienen sollte, Respekt eingeführt? Die Speiser an der Ecke der Straßen haben sich ge freut, den Mund aufgesperrt und „ach, wie schön!“ gesagt. Die Ausbeutung der arbeitenden Schichten Deutschlands durch die kapitalistische Republik wird durch diese Kinderlektion nicht aufhören. Solche Feste sind nur dazu angelegt, dem Proletariat die Augen zu verbinden. Die Arbeiter werden nur ihre Verfassung feiern, mit dem Schwur, ihre Kapitalisten zu unterdrücken.

Die Feier am Montagvormittag im Konzerthaus, hat selbst unter vielen proletarischen Elementen, die anwesend waren, Unzufriedenheit und Murren ausgeflößt. Als Redner war der Oberbürgermeister ausgedungen, dessen Worte nur auf politische Kinder einen Eindruck machen konnte. Er sagte unter anderem, daß London uns unermessliche Opfer bringen würde und daß die Lasten des Vertrages gemeinschaftlich getragen werden müßten. Würden die anwesenden Arbeiter und Beamten nur ein klein wenig aus ihrer Vergangenheit gelernt haben, so wüßten sie, was der Herr Oberbürgermeister unter dem Wort „gemeinschaftlich“ versteht.

Wir Kommunisten sind der festen Überzeugung, da die historische Entwicklung für uns arbeitet, daß ein großer Teil der am Verfassungsfeier demonstrierenden Proleten in Kürze in unserer Reihe stehen wird, um nicht für die kapitalistische Republik, sondern für das proletarische Deutschland zu demonstrieren.

Alle Genossen

Am 3. August mitgewirkt haben, und jene Genossen, die sich für eine weitere Zusammenkunft interessieren, treffen sich heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Praxislatina“, Mauritziusplatz. — Alle Serie und Rollen sind mitzubringen. Ortsleitung der SPD.

Das Flugblatt „Maffemörder Haarmann als Kronzeuge für die Mordheke gegen die SPD.“ beschlagnahmt.

Einem Genossen, der auf der Straße das nach allen gesetzlichen Bestimmungen gedruckte oben erwähnte Flugblatt verteilte, ist es von einem Sipmann beschlagnahmt worden. Er erhielt jetzt von der Staatsanwaltschaft folgendes mitgeteilt:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Breslau wird das kommunistische Flugblatt „Maffemörder Haarmann als Kronzeuge für die Mordheke gegen die kommunistische Partei“, welches der Reizende Hermann Wante in Breslau, Königgräber Straße 32, am 22. Juli 1924, abends, an der Laugentierstraße, Ecke Dieckmannstraße, in Breslau, an die Vorübergehenden verteilt hat, gemäß §§ 91 ff. St.-P.-O., §§ 28, 29 des Reichspressgesetzes, gerichtlich beschlagnahmt, da der Inhalt dieses Flugblattes offenbar gegen die §§ 81, 83, 85, 130 St.-P.-O. und § 8 des Reichspressgesetzes verstößt.

Unter Genosse Kay, der das jetzt verbotene kommunistische Organ „Die sozialistische Arbeiter-Zeitung“, auch während des Haarmann-Prozesses verantwortlich zeichnete, hat freiwillig auf seine Immunität verzichtet, um den Behörden Gelegenheit zu geben, gegen ihn wegen seiner Beschuldigungen gegen die hannoversche Haarmann-Polizei ein Strafverfahren einzuleiten. Genosse Kay hat auch dieses Flugblatt unterzeichnet, um auch hier den Behörden Gelegenheit zu geben, seine Behauptungen durch ein Gerichtsverfahren zu widerlegen.

Genosse Kay und wir Kommunisten sind empört über die hannoversche Polizei, mit Herrn Noske und Beckerath an der Spitze. Wir freuen uns heute schon auf die Anklage der Staatsanwälte. Wir werden den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen antreten und die Taten der hannoverschen Polizei werden sich zu einem Weltfandale ausbreiten.

Das Flugblatt verteilt hat man gleichzeitig eine Kundgebung mitgenommen, die er in seiner Eigenschaft als Reichsleiter bei sich trug. Trotzdem das einwandfrei feststeht, hat die Breslauer Staatsanwaltschaft die Kundgebung nicht herausgegeben. Sie will offenbar die Kundgebung zu einem kommunistischen Geheimmaterial umwandeln, was wir ihr bezüglich der Kundgebung ausrechnen. Es wird eine glänzende Blamage der Staatsanwaltschaft werden.

Die Zustände am Breslauer Wohnungsamt.

Durch verschiedene Gründe ist es mir unmöglich geworden, bei meiner Eltern noch länger zu wohnen. Das teilte ich auch dem Wohnungsamt mit. Ich bin verheiratet, habe ein Kind und meine Frau ist im vierten Monat Schwanger.

Seit drei Jahren bin ich bereits am Wohnungsamt gemeldet. Am Montag erhielt ich nun endlich eine kleine Etage im Vorderer zugewiesen, die sich in einem derartigen Zustande befindet, daß sie für Menschen nicht bewohnbar ist. Die Wände trüben vor Mäusen, und die Blätter sind von der Erde zur Decke emporgewachsen. Die Wohnung befindet sich Neue Weggasse 30. Auch der Ofen liegt im Verfall, die Röhre ist mit Lumpen ausgestopft. Es liegt auch ein ärztliches Gutachten an das Wohnungsamt von Dr. Israel vor, daß die Wohnung vollkommen gesundheitsgefährlich ist.

Ich habe verschiedene einwandfreie Wohnungen dem Kommissar nachgewiesen, trotzdem aber keine Wohnung erhalten. Paul Scholz, Friedrich-Wilhelmstraße 24.

Wir bitten die Breslauer Arbeiter, wir bitten die Breslauer minderbemittelte Bevölkerung, uns die vielen anderen Gattungsigkeiten, Anlagen und tabialen Behandlungen seitens des Wohnungsamts mitzutellen.

Protestversammlung gegen die Hungerrenten.

Am Verfassungstage der Republik, an dem doch alles in Sonne schwimmen sollte, mußten die Republikaner, d. h. der republikanisch gesinnte Sozialrentnerverband eine Protestversammlung gegen die Hungerrenten einberufen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war voll von alten Frauen und Männern, die ihr ganzes Leben gekümpft und dafür jetzt im Alter verhungern können. Der republikanische Staat gibt ihnen nichts, oder so wenig, daß es zum Hungern zu viel und zum Sterben zu wenig ist.

Die alten Leute saßen in der Versammlung, laßen mit Gläubigkeit zu dem Referenten hinauf, von dem sie alles erwarteten und der ihnen nur den Stimmgabel und die Organisation empfehlen konnte. In der Diskussion sprachen u. a. unser Genosse Stadtherrenordner Ammon und ein kriegsbeschädigter Genosse. Sie sagten den Anwesenden, eine wirkliche Besserung ihrer Lage kann ihnen kein Stimmgabel, keine republikanische Organisation in dieser kapitalistischen Republik bringen. Wenn es ihnen besser gehen soll, müssen sie sich dem kämpfenden Proletariat anschließen, welches den Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung, für die kommunistische, aufgenommen hat, und die trotz Unterdrückung, trotz Verhaftungen und Drangsalierungen nicht ruhen werde, bis die Herrschaft der Arbeiterklasse aufgerichtet ist. Dann werden die Altersrentner, die Arbeitsinvaliden die Mittel zum anständigen Ausleben ihres arbeitsreichen Lebens erhalten.

Die milliardeneindliche Straßenbahn.

Uns wird geschrieben: Als ich am Sonnabend, den 2. August, mit der Linie 2 zur Stadt fuhr und dem Schaffner das Fahrgeiß, bestehend aus einem Hundertmilliarden und fünf Zehnmilliarden Scheine übergab, lehnte derselbe die Annahme ab mit dem Bemerkten, es ist uns unterzagt, das Geld anzunehmen. Hätte ich nicht anderes Geld gehabt, wäre ich gezwungen gewesen, abzustiegen, wie ich es einige Tage später auf der Schubrücke beobachten konnte, wo sich derselbe Vorfall ereignet hatte.

Mit welchem Recht erlaubt sich die Direktion der städtischen Straßenbahn, ihren Beamten solche Vorschriften anzuschreiben. Bis jetzt sind diese kleinen Scheine noch nicht aufgehoben worden, gelten also noch als gesetzliches Zahlungsmittel und müssen angenommen werden. Städtische und staatliche Behörden, die einen großen Teil Schuld an der Inflation tragen, die durch die Inflation all ihre Schulden losgeworden sind, haben kein Recht, so zu handeln. Nach diesen Vorschriften wäre es möglich, daß eine alte, gichtkranke Frau, die sich die wenigen Pfennige für das Fahrgeiß zusammengespart hat, einfach vom Wagen heruntergeworfen wird, da sie das von der Direktion vorgeschriebene vorgeschriebene Geld nicht besitzt. Wir verlangen Abhilfe!

Aus der Provinz

Oppeln. Kleinrentner-Unterstützung. Die Zahlung der Unterstützung an Kleinrentner findet am Mittwoch, den 13. August, ab 8 Uhr vormittags im Wohlfahrtsamt Tuchmarkt, Dienstgebäude 3, statt.

Wenn die Beträge an diesem Tage nicht abgehoben werden, gehen die Empfänger des Zuschusses verlustig. Eine nachträgliche Auszahlung findet nicht mehr statt.

Kattow. Reichsbanner Hurra! Die Brudermordorganisation Schwarzrotgold hat auch hier ihren Einzug gehalten. Nach den üblichen irreführenden Reden, die den wahren Zweck dieses Kampfbundes verschleiern sollen, wurde das übliche Telegramm an den Reichspräsidenten abgeschickt, ein „gemütliches Beisammensein“ schloß die Veranstaltung.

Wenn nun verschiedene sozialdemokratische Zeitungen über diese Veranstaltung berichten, dann wollen wir ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sinne helfen. Denn nach unserer Berichten schloß diese republikanische Feier, zu der gerade die Sozialdemokraten Arbeiter einlangen, mit dem Deutschlandlied. Sozialdemokraten singen „Deutschland, Deutschland über alles.“ Damit ist diese „Arbeiterpartei“ in ihrem wahren Inhalt hergestellt.

Cosel. Nichtbestätigung. Wie es voraussehen war, so ist es eingetroffen. Während alle bürgerlichen Ratsferrren bestürzt wurden, blieb die Bestätigung des kommunistischen Gewerkschafts aus. Damit entlarvt sich die bürgerliche Demokratie auch in Cosel als traffe bürgerliche Diktatur und die Massen der Arbeiter und Erwerbslosen werden die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Dem Bürgerblock und dem Landrat aber sagen wir an dieser Stelle, daß sie den Fortschritt der kommunistischen Bewegung mit solchen Mitteln nicht aufhalten werden.

Sodaszu lächerlich aber macht sich der Magistrat, wenn er in dem kleinen Cosel sogar noch Zuführerarten für die Kommunalnennungen ausgibt. Sollte hier wiederum die Angst vor den dreimal herückigten Instruktionen der Gemeindevertreter vorliegen?

Reichstagswahl. Reichstagswahl. Durch die Gemeindevertreter sind für die kommende Reichstagswahl folgende Wahllokale festgelegt worden: 1. Wahlbezirk — Brauns Hotel; 2. Wahlbezirk — Mebers Hotel; 3. Wahlbezirk — Stadtherrennennungslokal.

Bistabus-Vorsitzender. Faschisten schwindeln. Der berüchtigte Nationalverband Deutscher Berufsverbände hielt eine Sitzung ab, in der er einen Plan zur Gründung einer „Arbeiter-Treu- und Verkaufsgenossenschaft“ befragt.

Das heißt also praktisch, nachdem der nationalfaschistische Künzgel mit seinem Streichhocker- und Nothilfeprogramm verkracht ist, werden er die Massen einzufangen durch Konsumvereine, mit deren Hilfe die Lebensmittel auf vaterländische Art, vielleicht sogar durch Zufuhr von Großindustriellen, verbilligt werden sollen.

Es wird Sache unserer Genossen sein, diesen Bauernfängern das Handwerk zu legen.

Stewig. Weggeworfene Gelder. Zu dem Schanden der überflüssigen Schönenbundes werden in Stewig große Scherenscheren aufgedaut, Girlanden gewoben und dergleichen Unfug mehr veranstaltet.

Bei der heute herrschenden Not und bei der bekannten Notlage, mit der die Stadtherrenvertreterversammlung die kommunalpolitischen Anträge auf erhöhte soziale Fürsorge, Erwerbslosenleistungen usw. ablehnt, nimmt es nicht wunder, daß diese an dem Abend der werklätigen Beobachtung gefassten Beschlusses für nationalfaschistischen Rummel zum Fenster hinausgeworfen werden. Für die Kosten dieses lächerlichen Ausfluges könnten mit besten 100 Erwerbslose einen Tag anständig essen.

Aber auch in diesem denken sich die bürgerlichen Vertreter, daß nationalfaschistischer Rummel den hungernden Massen aufzubringen wird.

Zaborze. Schöffentwahl. Am Dienstag, den 12. August findet im Gemeindevertreterversammlungsaal die Neuwahl von sechs unbesetzten Gemeindegliedern statt.

Die kommunistische Fraktion hat selbstverständlich ihre Stimme aufgestellt und wird auch hier mit allen Mitteln dem Willen unserer Arbeiterwähler zum Durchbruch verhelfen.

Arbeiter Sport.

Arbeiter Sport und die „Vollswacht“.

Die sozialdemokratische Zentralkommission für Arbeitersport, Körperpflege wimmert in der letzten „Vollswacht“ über die Tatsache, daß die Kommunisten in den Arbeitersportvereinen bedeutenden Einfluß haben und im Begriff sind, noch weiteren Einfluß zu gewinnen. Die Zentralkommission beklagt von der Sozialdemokratie, daß sie auf die Arbeitersportorganisation mehr wie bisher acht gibt, damit die kommunistische Bewegung aus dem Arbeitersport herausgedrängt werde.

Warum gewinnen die Kommunisten solchen Einfluß unter den Arbeitersportlern? Der Arbeiter, der Sport treibt, besitzt eine größere Intelligenz, eine bessere Energie als der Prolet, der nach acht- oder zehnstündigem Schuften Kampf und teilnahmslos aus der Fabrik läuft und die wenigen Freistunden billigen und schädlichen Vergnügungen nachläßt. Der sporttreibende Arbeiter erkennt besser die Ausbeutungsmethoden der Unternehmer und ist nicht gewillt, seinen muskulösen Körper für willkürlicher Frem dem Kapitalisten hinzugeben. Er steht auch bei den Zusammenhänge in der politischen Bewegung schärfer und stellt dabei fest, daß die sozialdemokratische Partei für die Arbeitersport sehr wenig unternimmt. Im Gegenteil, die Partei ist ein Scherz, Sebering und Noske hat seit 1914 alles getan, um die Arbeitersport dem Kapitalismus und der Bourgeoisie zu verkaufen. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitersportvereinen sehen und erleben in den täglichen wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats, daß es einzig und allein die Kommunisten sind, die es wirklich mit dem Klassenkampf, in der Erreichung des Sozialismus und Kommunismus, ernst meinen.

In den schließlichen Arbeitersportvereinen kann man feststellen, daß hier, wo noch die Sozialdemokraten mehr oder weniger die Führung in Händen haben, der Klassenkampfstandpunkt überhaupt nicht betont wird. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Führung der schließlichen Arbeitersportvereine giebt die Veranstaltungen ganz bürgerlich auf, sie tun nichts, daß zwischen bürgerlichen und Arbeitersport strenge Unterschiede gemacht werden. Arbeitersportvereine dürfen keinen bürgerlichen Einfluß mitmachen. Sie haben es auch nicht zugelassen, daß Reichswehrsoldaten, daß Schupoangehörige den Vereinen angehören können.

Freie Zornerei.

Achtung! Sonntag, den 7. September. Vereinsturnmarkt nach Neutrich. Alle Abteilungen werden hiermit verpflichtet, sich pünktlich daran zu beteiligen, zweiseitige Unterstützung des Brudervereins in Neutrich an seinem 5. Stiftungsfest. Bis spätestens 10 Uhr muß alles dort eingetroffen sein. Zutreffende ist mitzunehmen.

Der Technische Ausschuss

Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr. Vereinsturnveranstaltung im Gewerkschaftshaus.

1. Abteilung. Dienstag, den 12. August, Abteilungsverammlung. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

Gewerkschaft

An die Unterbezirke, Ortsgruppen, Gewerkschaftsfraktionen und Betriebszellen!

Die in Aussicht stehende Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens hat die Krise der deutschen und besonders der schließlichen Industrie ungemein verschärft. Überall sind Betriebsstilllegungen und Entlassungen vorgenommen. Tausende Arbeiter liegen bereits auf der Straße. Zur Unterstützung der Kampagne durch die Reichstags- und Landtagsfraktionen gegen die Unternehmer-Produktionsabotage erlauben wir Euch, uns laufend über die neuen Maßnahmen der schließlichen Unternehmer zu berichten:

- 1. Über die vollständige Stilllegung von Betrieben
2. Über Einschränkung von Betrieben durch Entlassung von Arbeitern.
3. Über Einschränkung von Betrieben durch Verkürzung der Arbeitszeit.
4. Welche Maßnahmen sind durch die Betriebsräte und die Betriebszellen gegen die Stilllegungen bzw. Einschränkung des Betriebes unternommen worden?

Stets ist anzugeben, wieviel Arbeiter durch die Stilllegung bzw. Einschränkung geschädigt werden.

Um die Verschlechterung der Löhne den Arbeitern zahlenmäßig vor Augen führen zu können, erlauben wir Euch laufend zu senden:

- 5. Alle bestehenden und in Zukunft zum Abschluß gelangenden Lohnverträge der verschiedenen Industrien und Berufsgruppen.
6. Lohnübungen und Lohnbestimmungen, aus denen der tatsächliche zur Auszahlung gelangende Lohnbetrag ersichtlich ist.

Genossen! Wir bitten Euch dringend, uns dauernd die obigen Angaben zu machen im Interesse der Partei im Interesse der Revolution!

Kommunistische Partei, Bezirksleitung Schlesien.

Der Kampf um den Achtstundentag, eine internationale Frage.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung:

Genf, 9. August. Der polnische Delegierte beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hat dem Arbeitsamt mitgeteilt, daß die polnische Regierung bereit sei, auf die verlängerte Arbeitszeit in den oberflächlichen Hütten zu verzichten, wenn die deutsche Regierung die Bestimmungen des internationalen Abkommens über den Achtstundentag respektiere.

Diese Meldung zeigt in der denkbar trübseligen Form, wie die internationale Ausbeuterlippschaft zur Täuschung des Proletariats die Schuld an der Unterdrückung, Verelendung und



Der Verleugung des Achtstundentages immer von sich auf andere abzuwälzen ver sucht. In P o l n i s c h - O b e r s c h l e s i e n stehen sämtliche Arbeiter der dortigen Schwerindustrie seit Wochen im Kampf gegen die von den Unternehmern geforderte Arbeitszeitverlängerung von 8 auf 10 und 12 Stunden und gleichzeitigem Lohnabbau von 30 Prozent. Die polnische Regierung, die auf der Genfer Arbeiterversammlung grobprecherisch sprach mit ihrer sozialen Gesetzgebung und der Anerkennung sämtlicher Washingtoner Konventionen, unterstützt die polnischen Unternehmer gegen die Arbeiter und verlangt von ihnen kategorisch die Anerkennung des Unternehmerdikats. Zur Unterdrückung des allgemeinen Streikts hat sie riesige Mengen von Polizei und Militär in das Streikgebiet entsandt. Die Unternehmer wie auch die Regierung in Polen führen ihr Vorgehen lediglich auf die Arbeitszeitverlängerung und den Lohnabbau in Deutschland zurück und behaupten, daß sie der deutschen Konkurrenz nur standhalten können, wenn auf deutschem Gebiet ebenfalls wieder der Achtstundentag eingeführt und höhere Löhne bezahlt werden.

Jetzt hat die polnische Regierung durch die Erklärung ihres Vertreters in Genf einen neuen Schachzug nach dieser Richtung hin unternommen. Damit ist die internationale Bedeutung des obereschlesischen Kampfs nur noch verstärkt worden. Doch die polnische Regierung weiß sehr genau, daß damit faktisch für den Achtstundentag nichts erreicht wird. Das will sie auch gar nicht, vielmehr hat das ganze Mandat nur den Zweck, den polnischen Arbeitern das „Un Sinnige“ ihres Streikts zu demonstrieren und sie zur Annahme der 10- und 12 stündigen Arbeitszeit zu bewegen. Denn auch die polnische Regierung ist genau so reaktionär wie die deutsche. Auch sie will alle revolutionären Arbeiter, die für eine wirklich internationale proletarische Verständigung und gegen den Versailles Frieden kämpfen, ins Gefängnis. Sie ist mitbeteiligt an dem internationalen kapitalistischen Raubzug gegen das deutsche Proletariat und ihr scheiterndes Eintreten für den Achtstundentag ist daher eitel Klunzerei.

Anderes stehen die Dinge für die deutsche Regierung, für das deutsche Kapital. Sie sind unzweifelhaft die Urheber der Arbeitszeitverlängerung, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oberschlesien. Und der Kampf der polnischen Arbeiter kann nur wirksam unterstützt werden, durch den aller schärfsten Sozialdemokraten und Antifaschisten begründet daher auch vor allen Dingen mit dem Hinweis auf den Kampf in Oberschlesien ihre Kampagne für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in bezug auf den Achtstundentag.

Doch wie wir schon in einer Reihe von Artikeln dargelegt haben, ist die ganze Aktion der Sozialdemokraten weiter nichts als ein parlamentarischer Scheinmanöver, zu dem Zweck, dem wirklichen Kampf um den Achtstundentag, d. h. dem revolutionären Klassenkampf mit allen Konsequenzen auszuweichen. Sie unterstützen doch die reaktionäre Marx-Stresemann-Regierung, sie sind Schuld und Mithelfer an der gesetzlichen Regelung des Achtstundentages und sie tragen die volle Verantwortung, wenn sich die deutsche Regierung nicht nur weigert, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren, sondern umgekehrt alles tut, um die Arbeitszeit in Deutschland immer noch mehr zu verlängern. Und mit dem Streit, dem demagogischen Scheinmanöver um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wird im Grunde genommen nur die reaktionäre Regierung und die kapitalistischen Achtstundentagsgegner unterstützt, denn damit wird systematisch der Kampf um den Achtstundentag monatlang und jahrelang hinausgezogen.

Wollten die Sozialdemokraten und Antifaschisten wirklich den Achtstundentag, dann müßten sie die vier Millionen Marx, die sie jetzt durch Extrabeträge aus den Gewerkschaftsmitteln herauspressen wollen und die zur Finanzierung des Wahlapparates für eine Volksabstimmung bestimmt sind, als Grundstock zu einem Kampfplan für den wirklichen Kampf um den Achtstundentag benützen. Weiter müßten sie dann die gesamten Gewerkschaften, alle Arbeiter, Angestellte und Beamte mobilisieren zu einem allumfassenden Generalstreik gegen die kapitalistische Reaktion und für den Achtstundentag. Die kommunistische Partei wird ihre ganze Energie einsetzen, um diesen Kampf herbeizuführen und steht in vorderster Reihe kämpfend. Und wie wir jetzt überzeugt sind, werden nicht nur die gewerkschaftlich Organisierten, sondern sämtliche Proletarier freudig und kampfbereit in diesen Kampf mitmachen und gern jede Schwere Opfer auf sich nehmen. Doch weiß das die Antifaschisten nicht wollen, deshalb müssen die Arbeiter sich hüten, auf den Achtstundentagswandel hereinzukommen, sondern selbst in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften den Kampf vorbereiten, und ihn erzwingen und durchzuführen.

Der obereschlesische Konflikt zeigt aller Welt, daß das deutsche Kapital, die deutsche Regierung der schwarze Herd der Reaktion und Arbeiterfeindschaft ist. Sie können nicht mit parlamentarischen Mitteln und mit papierernen Grundgesetzeln, sondern nur mit dem wirklichen Kampf um den Achtstundentag belämpft werden.

Der Weichsel-Bierich.
Jüngste Jahrgang eines Einde-Hofmann-Arbeiters bewahrt sich der Weichsel-Bierich keine Illusionen zur Strafzahlung der Arbeiter auch in die Praxis umzusetzen verdröht. Die Breslauer Arbeiterkassa in ihrer Arbeit war bekanntlich von 1919 bis Ende vorigen Jahres dem Kampf, dem Obergeschlesien Bierich hat sich gerade dem Breslauer Arbeiterkassa angeschlossen, d. h. die Löhne der dortigen Arbeitergruppen wurden von Monat zu Monat (bisher 14 tägig) nach dem realen Wert der einzelnen Lebensbedingungen festgesetzt. Kommissarisch und ohne Rücksicht auf die „Moralität“ erhöhte sich mit der Entwertung der Mark die Lohnsumme des Arbeiters. Die Errechnungen fielen immer mehr zugunsten der Arbeiterkassa aus und die verdröhten Auszahlung brachte die Arbeiterkassa auf den Hund. Während in der Zeit 1919-1922 der Arbeiterkassa nur ein einziger Prozent verminderte, machte sie im Jahre 1923 immer größere Entzüge nach oben. Im Oktober vorigen Jahres betrug die Erhöhung einmal in einer Woche 45 Prozent. Diese Gelegenheit nutzten die Herren vom Arbeitgeberverband aus und verdröhten, hierbei ein unabhängiges Geschäft zu machen. Sie legten sich, wenn wir den Arbeitern an diesem Freitag circa sechsmal soviel geben wie am Freitag voriger Woche.

Konstituierung und praktische Arbeit in den Betriebszellen der französischen Betriebe.

Sobald in einem Betriebe mindestens drei Genossen arbeiten, müssen sie eine Zelle gründen. Zu dem Zweck kommen sie zusammen oder werden zusammenberufen. Das hängt von ihrer eigenen Initiative ab oder von der Initiative des Wohnbezirks in dem sich der Betrieb befindet. Schließlich hängt es auch ab von der Initiative der Bezirksleitung. So wurden in Paris die ersten Zellen durch die Bezirksleitung gebildet, dann gingen verschiedene Distrikte selbst zur Zellenbildung in ihrem Wohnbezirk über. Jetzt kommt es immer öfterer vor, daß die Initiative zur Betriebszellenbildung von den Genossen im Betrieb selbst ausgeht.

Die Versammlung findet in einer Lokalität in der Nähe des Betriebes statt. Die Zelle wird sofort von den anwesenden Genossen gebildet. Ein verantwortlicher Obmann wird bestimmt und ein bestimmter Versammlungstag, (das ist absolut notwendig), möglichst einmal in der Woche festgelegt. Sobald die Zelle gebildet ist, muß der Obmann sofort den Distrikt davon in Kenntnis setzen. Handelt es sich um eine größere Zelle, so wird eine Leitung von 3 bis 5 Mitgliedern gewählt. Die Leitung, bzw. der Obmann führen die Zelle. Ihre Aufgabe besteht in der Verteilung der Arbeit auf alle Genossen, indem sie jedem von ihnen eine bestimmte Arbeit übergeben: Propaganda im inneren und außerhalb des Betriebes, Gewerkschaftsarbeit, Beschaffung von Nachrichtenmaterial, Beschäftigung mit der Wohnungsfrage, Hygiene, die Verbindung mit der Bezirksleitung und der Jugendzelle usw. Sobald die Zelle sich vergrößert, werden bestimmte Arbeitskommissionen gebildet. Die Leitung bewacht, der Obmann muß ständig die Aktivität der Genossen bzw. der Kommissionen überwachen und kontrollieren, er muß einen Überblick darüber haben, ob in der Betriebszellenorganisation festgelegte Aufgaben erledigt werden, ob die damit beauftragten Genossen die Aufgaben gut erfüllen.

Hast Du schon zur Agitation das Rundschreiben der Breslauer G. P. D. (Siehe „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ vom 5. 8. 1924) bei Deinem parteilosen und sozialdemokratischen Kollegen benutzt?

Die bisherige Unmöglichkeit der Partei, die kommunistische Arbeit der Mitglieder zu kontrollieren, verwindet sich mit ihrer Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen. Wenn die Wohnbezirksorganisationen zu dieser Kontrolle nicht in der Lage sind, da die Genossen oft zu weit von ihrer Arbeitsstätte arbeiten, gilt dasselbe nicht für die Zelle. Für sie ist es im Gegenteil leicht, festzustellen, ob ein Genosse seine Arbeit tut oder nicht, ob er ein richtiger Kommunist ist oder ein Gelegenheitskommunist. Alle diejenigen, die in der Wohnbezirksorganisation sich mit einem revolutionären Schwarm von Worten umgeben, sich dagegen im Betrieb wie heilige Reinkarnationen benachmen, werden gemutungen sein, ihre Grundungen in Einklang zu bringen mit den Direktiven der Partei oder diese zu verlassen. Was soll die Partei mit diesen Elementen anfangen, sie braucht keine Genossen, die wohl schon reden, aber inaktiv sind. Was die Partei braucht, das ist die aktive Teilnahme aller ihrer Mitglieder im täglichen Kampf, der täglichen kommunistischen Kleinarbeit.

Die innere Arbeit der Zelle.
Wir sehen, daß sofort nach der Gründung der Zelle diese ihre Arbeit organisieren muß. Zu jeder Sitzung der Zelle muß Bericht über die Resultate der Arbeit in der Zeit seit der letzten Sitzung gegeben werden. Es muß darüber diskutiert werden. Kritik geübt und die Arbeit der nächsten Woche festgelegt werden. Außer diesen Spezialfragen des Betriebes

das wird ihnen sehr viel sein, und im übrigen werden sie mit zwei Drittel der Summe schon den letzten Sonderwetter verdienen wie wir Geld. Auf eigene Faust die ein Bild zu machen, was ihnen zu nützen, und so fanden sie folgenden Ausweg:
Sie riefen zu sich einige ihrer vertrauten Gehilfen aus dem Arbeiterlager, Gewerkschaft Bierich u. a. Die Spitzen der Arbeiterkassa, die nicht ganz in der Mauer (Angehörige usw.) wurden mit einer Einladung versehen. In dieser gemütlichen, warmen Zusammenkunft um grünen Tisch erklärten nun die Herren vom Arbeitgeberverband, daß die Industrie die diesjährige Erhöhung des Lohns um 45 Prozent nicht tragen konnte. Sie had bereit, zwei Drittel davon zur Auszahlung zu bringen und erließen die Vertreter der Arbeiter, dieses Vorhaben zu realisieren.
Die letzten Gehilfen antworteten: „Ja, wir kennen die Rolle der armen Industriearbeiter, und sind einverstanden, daß die Arbeiterkassa nur zwei Drittel der erwähnten Indemnität erhält.“
Das Geschäft war perfekt und prompt machte im Betriebe die nächste Lohnabelle mit 25 Prozent Verbesserung. Dieser einfache Trick wäre vollständig gebläht, wenn nicht einige aufmerksame Arbeiter von Einde-Hofmann diesen schamlosen Betrug

muß über die Parolen der Partei gesprochen werden. Auch darüber muß eine Aussprache stattfinden. Die Auffklärung der Genossen über die auf der Tagesordnung stehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme muß ebenfalls erfolgen. Nachdem die Zelle funktioniert, muß sie sich klar darüber sein, daß wir die gesamte Aktivität der Partei auf das Terrain des Betriebes (Agitation, Propaganda, Neuaufnahmen usw.) überleiten wollen. So muß die Zelle dazu übergehen, öffentliche Versammlungen mit Parteireferenten, sei es am Ausgang des Betriebes, sei es in einem nahegelegenen Saal, zu organisieren.

Die Seine-Subderation hat diese Methode schon angewendet. Die Resultate sind ermutigend. Außerdem ist die Zusammenfassung dieser Versammlungen nicht dieselbe wie diejenigen, die durch die Stadtbezirke organisiert werden. Die Besucher dieser Versammlungen werden immer zahlreicher. Das ist übrigens das beste Mittel, dort die Massen zu erfassen, wo sie sich befinden: im Betriebe. Im ersten Moment konnten wir feststellen, daß die Arbeiter durch diese neue Methode überrascht sind. Sie erkennen aber an, daß nur die kommunistische Partei sich um ihre Interessen ernstlich kümmert, daß sie die Partei ihrer Klasse ist. Ein Beweis dafür sind die Neuaufnahmen, die in steigendem Maße durch unsere Betriebszellen gemacht werden.

Nur die Mitglieder der Partei können Mitglieder der Betriebszellen sein und an den internen Sitzungen teilnehmen. Außerdem können Spezialversammlungen veranstaltet werden, zu denen von Zeit zu Zeit zuverlässige Sympathisierende geladen werden. Die Sympathisierenden sind für uns ein ausgezeichnetes individuelles Rekrutierungsfeld. Mit ihnen müssen wir uns in enger Verbindung halten, sie zur Propagandaarbeit mit heranziehen, dann wird es uns möglich sein, die Gesamtheit belegschaften zu erfassen.

Die Arbeit im Betrieb.
Die Arbeit im Betrieb muß jetzt mit Zähigkeit, aber mit Vorsicht vorgenommen werden, um nicht dem Angriff des Internerturns die Fänge zu bieten. Man soll aber nicht die Schwierigkeiten übersehen. Mit etwas Initiative kann unsere Propaganda sich ohne Gefahr durchsetzen. Die dabei anzuwendende Taktik hängt von der Lage in den einzelnen Betrieben ab. Es ist Sache der Genossen, gemeinsam die Arbeitsmöglichkeiten und die besten anzuwendenden Mittel zu besprechen und festzusetzen. Wenn man nicht — das ist im Durchschnitt der Fall, — die Propaganda in dem Betriebe, in dem man arbeitet, offen betreiben kann, dann kann man das mittels Flugblätter und Handzettel tun, die man leicht verteilen oder anheften kann. Wir empfehlen zu diesem Zweck die Benutzung von Zeitungs-ausschnitten über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben. Wir empfehlen auch die Verteilung von Zeitungs-ausschnitten über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben, wie sie unsere Parteipresse bringt. Wenn diese an bestimmten Stellen im Betrieb angebracht werden, bilden sie ein glänzendes Propaganda-mittel für den Kommunismus.

Aber das beste Propagandamittel ist sicherlich die Betriebszellenzeitung. Diejenigen Zellen, die schon regelmäßig eine Betriebszeitung herausgeben, können behaupten, daß diese tatsächlich einer Notwendigkeit entsprechen und daß ihr Erfolg sehr groß und sehr nützlich für die Partei ist. Meistens enthalten sie einen Beiratsartikel mit der Schilderung der politischen Situation, in der die Parolen der Partei auseinandergelagert werden. So hat eine unserer besten Zellen in ihrer Zeitung behandelt: 1. den ersten Mai, 2. die Wahlen und das Programm des Arbeiter und Bauernbundes, 3. den Gedanktag der blutigen Woche (Kommune 1871), die Manifestation gegen den internationalen Faschismus, die allgemeine Amnestie und das Projekt Herriot. Weiter werden in der Betriebszellenzeitung behandelt die Ausbeutung der Arbeiter im Betrieb, die Robheit eines Meisters, die Anregung und die Schikane eines Unternehmers usw. In normalen Perioden ist die Betriebszellenzeitung eine ausgezeichnete Waffe. Sobald aber ein aufwendiges Geschäft das Leben des Betriebes durchsetzt, wird sie zu einer wichtigen Agitationswaffe. Eine Betriebszellenzeitung, die regelmäßig erscheint, ist für die Zelle ein Instrument steigender Entwicklung. Sie spricht alle Mitglieder der Zelle an, an ihrer Vervollkommenung zu arbeiten und vor allen Dingen verbindet sie die Betriebszellen mit der Masse der Arbeiter. („Humanité“, 9. Juli 1924.)

Schauspielhaus
Sprecherkassier
Tel. Ring 2545.
Heute
und täglich 6 Uhr
Gedanktag
Dr. Klemann
Wien gib acht!
Café Knippenberg
Kette in 11 Silber.

Besammlungsständer
Verkauf
Leitet und verbreitet die
Schles. Arbeiter-Zeitung!

Amtl. Bekanntmachung von Neu-Salzbrunn.
Betrifft
Vorauszahlung an Gewerbesteuer.
Der jungen Gewerbesteuerpflichtigen, welche noch mit der Vorauszahlung an Gewerbesteuer im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, daß innerhalb innerhalb einer Woche nachzukommen. Nach dieser Zeit erfolgt Zwangsverhaftung und Zwangsversteigerung. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß bis je 14 Tage Zahlungsverweigerung, das die die Anwaltskanzlei beauftragt die entsprechenden Strafen einzuwirken werden.
Neu-Salzbrunn, den 8. August 1924.
Der Gemeindevorsteher
E. Kutschera

Amtl. Bekanntmachung von Weißflein.
Betrifft
Handwerker.
Der von dem Herrn Vorsitzenden des Gemeindevorstandes von Weißflein unter dem 21. Juli 1924 genehmigte neue Handwerkerordnung vom 1. Juli 1924 — gültig für die Gewerbebezirke ab 1. April 1924 — liegt während der Zeit vom 10. bis einschließlich 24. August d. J. zur Einsichtnahme seitens der hiesigen Gemeindevorstände in hiesiger Steueramtanlage — Nummer 2 — öffentlich aus.
Weißflein, den 8. August 1924.
Der Gemeindevorsteher
S. Herrwig

Aktuelle Literatur-Orientierung!
Die hochaktuelle satirische Arbeiterzeitung
Der Knüppel
ist noch zu haben.
Preis pro Exemplar 20 Pfennig.
Jeder Genosse abonniere sofort!
Fachhandlung d. Proletariat-Genossenschaft, Breslau, Zebuiser Straße 59

Ein Mustereemplar der deutschvölkischen Spikel.

Welche Subjekte liefern der bürgerlichen Presse Berichte über „kommunistische Mordpläne“?

Die Reichspresse ist wieder voll von seitenslangen Berichten über „kommunistische Mordpläne“ die immer wieder auftauchen, wenn es gilt die zu den Massen sprechende SPD zu überbieten.

Spikel Erwin Niebuhr

offizieller, mit Ausweis ausgestellter Berichterstatter des „Deutschen Tageblatts“, Mitglied der deutschvölkischen Freiheitspartei, Vorsitzender des „Deutschen Herold“, Novize im „Jungdeutschen Osten“.

Ueber die Tätigkeit Niebuhrs für die Reichspresse gibt der folgende Brief Auskunft. Das „Deutsche Tageblatt“ ist nämlich, wie allgemein bekannt, in finanziellen Schwierigkeiten und konnte Niebuhr den Rachen nicht vollstopfen.

Erwin Niebuhr Berlin, 24. Mai 1924. Berlin SW 19, Lindenstr. 65. (Juristisches Büro.)

An das „Deutsche Tageblatt“, Großdeutsche Warte, Berlin, W 57. In der Apostelkirche 1.

Ein Schreiben.

Soeben lehrte ich aus Hamburg zurück und finde Ihr Schreiben ohne Datum und falscher Adresse vor. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß ich nicht Ihr Hausdiener bin und verbitte mir daher einen derartig unhöflichen Ton.

Ich habe Ihnen schon wiederholt erklärt, daß ich auf meine Auslagen und Gebühren keine Verzicht leisten; trotzdem haben Sie es nicht für nötig gehalten, Ihre Verbindlichkeiten mir gegenüber zu erfüllen.

und drücken sich jetzt vor einer Bezahlung für die mir entstandenen Auslagen. Als Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei und früherer Vorsitzender des Deutschen Herolds fasse ich mir ein derartiges Gebahren unter keinen Umständen gefallen.

Farbige Winde.

Erzählung von Wassewolod Iwanow. Verlag Carl Hohn Nachf. Louis Schabbes, Hamburg 21 201

Und beleidigt sagte er zu Wikrat Jesimtsch: „Ich bin die ganze Nacht geritten — den ganzen Hintern habe ich mir wund geritten und jetzt schiden sie einen andern... wie? Also vertrauen sie mir nicht? ... Ein Volk gibt's heutzutage! ... Früher waren die Menschen besser. Jesimtsch?“

„Ja, der Thronfolger. Was haben wir jetzt für einen Saren? — Woher soll ich es wissen? Die Beine wird er mir nicht länger machen. Brauch ich einen Saren?“

„Dieser Kollschak? ... Ach, das ist ein Schwindler, das ist kein Zar. In Omsk gibt es nicht einmal ein gutes Vordell, wie soll es da einen Saren geben. Ich war dort.“

„Waher Zar?“

„Fahr nur nach deiner Waldhütte. Im Urwald wüthet der Aufstand. Sie sagen: wenn wir alles in die Hände bekommen haben, dann stehen wir alle reichen Bauern ab! ... Aber vielleicht besitzen sie sich noch, und werden selbst wie die Reichen leben. Man kann's nicht wissen.“

„Und du, Jesimtsch, bleib von der Sunde weg — fahre nach deiner Waldhütte! Ich werde dich kehren, wie man einen guten Schnaps brennt.“

„Ich will nicht.“

„Ich habe Ahman gesehen: er stellt Fuchsjellen im Tal auf. Er sagt, der weiße Fuchs ist verärgert und nach China ausgewandert. Das ist immer, wenn's Krieg gibt... ein sicheres Zeichen.“

Ich Ihnen nach Eingang des Geldbetrages durch meinen Boten, sollte ich bis zu den Ihnen gesetzten Termin nicht in den Besitz meiner Forderung gelangen, so erhebe ich beim Amtsgericht am 29. Mai die Klage.

Im Falle der Klageerhebung sich vernotwendigt, gebe ich die beiden in meinem Besitze befindlichen Verkäufertatter-Ausweise zu den Gerichtsakten, als Beweismittel für die in Ihrem Auftrage ausgeführte Tätigkeit.

Sehr zweckmäßig wäre es von Ihnen zu erfahren, ob die Sachlage des Herrn Kreis als völkisch bezeichnet werden kann. Ich hatte Herrn Kreis schon vor 4 Wochen eröffnet, daß es nicht völkisch ist, wenn man versucht, die Mitarbeiter auf diese Weise zu schädigen.

Siehe zweckmäßig wäre es von Ihnen zu erfahren, ob die Sachlage des Herrn Kreis als völkisch bezeichnet werden kann. Ich hatte Herrn Kreis schon vor 4 Wochen eröffnet, daß es nicht völkisch ist, wenn man versucht, die Mitarbeiter auf diese Weise zu schädigen.

1 Abschrift!

Dieser Niebuhr, der sich hier so charakteristisch selbst vorstellt, ist ein gemeingefährlicher Kriminalverbrecher. Niebuhr bezeichnet sich als cand. jur., obwohl er nie studiert hat und bei keiner Universität immatrikuliert ist.

Die Sammlungen für die „Rote Hilfe“ werden fortgesetzt vom 10.—17. August

Niebuhr wird als gemeingefährlicher Verführer der Jugend in den Polizeilisten der Homosexuellen geführt.

Niebuhr gab trotzdem Schulknaben Privatunterricht, wobei er sie auf das Unmenslichste mißhandelte.

Niebuhr hat im „Lokalanzeiger“ für sein nicht existierendes „Adressenbüro Merkur“ junge Leute gesucht, die sich in Massen melden und die er zum Teil homosexuell mißbrauchte.

Einer der Schulknaben, ein 13jähriger Gymnasiast, der mehrmals bei Niebuhr schlief, ist vermisst. Wir fordern alle Geschädigten, vor allem einen jungen Mann namens Mündl auf, sich mit ihren Angaben an die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zu melden.

Die Mittel zu seinem ausschweifenden und sehr luxuriösen Leben verschaffte sich Niebuhr durch Bettelbriefe bei „wäterländischen“ Konterrevolutionären, von wo die Mittel reichlich fließen. Wir nennen nur als Geldgeber Freiheitern von Treslow, Hoppegarten, Regierungsrat Volkmann, Deutscher Landbund, Dellauer Straße 26, Frau Professor Dr. Krenz, Brüdentallee 4.

Nebenbei betrog der Bursche rechtsuchende Arbeiter. Er fischerte durch sein „juristisches Büro“ rechtlichshenden Arbeitern

billige, sogar kostenlose Vertretung zu. S. B. wurde der Schneider Müller, der um 2 Wochen Lohn klagte, dadurch schwer geschädigt. Die schulbubenhaften Schmeicheleien des Niebuhr nahm das Gericht gar nicht an, trotzdem verlangte Niebuhr 40 Mark Voransch und verweigerte die Herausgabe der Akten, als er diese Summe nicht erhielt, so daß der Arbeiter sein Recht nicht finden konnte.

Solcher Art sind die völkischen Burschen, von denen in der bürgerlichen Presse seitenslange Abgabenberichte über die Kommunisten erscheinen. Das degenerierteste Verbrechertum wird von der bürgerlichen Gesellschaft bewußt gegen die Arbeiterklasse losgelassen. Glaubt zu der Gesellschaft, die nur noch durch solche völkische Reden geteilt wird!

Die Arbeiterklasse ist ein wichtiges Aufklärungsmaterial reicher. Sie gebietet aber mit Erbitterung seiner Lausende bis auf Grund von Aussagen solcher Subjekte wie Niebuhr und Saarmann hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern geworfen wurden. Sie fordert erneut, dringender die Freilassung der proletarischen völkischen Gefangenen!

Niebuhr in Schlesien.

Dieser Schurke Niebuhr hat auch in Breslau und in der Provinz sein Unwesen getrieben. Wie diejenigen, die irgend etwas über Niebuhr wissen, werden gebeten, das Material an Genossen Georg Kennesarich, Semidenhof bei Strausberg, zu senden. Niebuhr hat insbesondere in der hiesigen homosexuellen Kreise, die ihn dann abgeschüttelt haben, vieles auf dem Kerbholz, Genossen, helft das Beweismaterial zu vervollständigen. 15 Fälle von Betrug sind bereits einwandfrei festgestellt. Seine Personafakten sind: Erwin Niebuhr, geb. 5. 7. 1900 zu Schwerin. Genossen, stellt seine Wohnungen fest und forscht einmal nach. Er hat sich immer als stud. jur. ausgegeben.

Genosse Karl Frank in Freiheit. Den bayerischen Kerkern entflohen.

Wir freuen uns, unseren Lesern mitteilen zu können, daß es Gen. Karl Frank gelungen ist, dem bairischen Kerker zu entfliehen. Gen. Frank war wegen „Fortführung der Kommunistischen Partei“ von der Münchener Justiz zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden, obwohl er zur Zeit seiner Verhaftung noch kaum 24 Stunden in Bayern war. 21 Tage lang hatte Gen. Frank einen Hungerstreik zum Protest gegen seine Verhaftung durchgeführt. Ueber 40 Pfund hatte er durch ihn an Körpergewicht verloren. Trotzdem hatten die bairischen Behörden es abgelehnt, ihn auch nur einen Strafausschub zu gewähren. Das Gefängnis bedeutete für ihn, bei seiner durch den Hungerstreik erschütterten Gesundheit eine schwere Gefährdung seines Lebens.

Selbst ist es dem Genossen gelungen, die Freiheit, die die bairische Justiz ihm geraubt, sich selbst zu nehmen.

Zu zahnärztlicher Behandlung war er aus dem Gefängnis in Stadelheim zu einem Zahnarzt geführt worden. Dort begab er sich in einen Nebenraum und sprang aus dem 1. Stock auf die Straße. Trotz der anstrengten Jagd konnte er nicht mehr gefangen werden. In tagelangem Marsch — Genosse Frank war ohne jeden Vorrat — gelangte der glückliche Entflohene über die bairische Grenze.

Wir freuen uns, den Genossen wieder in Freiheit begrüßen zu können. Sein kühner und zäher Kampf wird allen Genossen ein Ansporn sein, ihren Kampf gegen die weiße Justiz für die Revolution zu steigern.

Die übrigen wegen „Fortführung der Kommunistischen Partei“ in Bayern Verurteilten befinden sich noch immer hinter Kerkermauern, obwohl der Reichstag das Parteiverbot in Bayern aufgehoben hat. Die Energie der Arbeiter muß sie befreien.

Gebe Spierhänden auf dem Wege. Ihre feilen harten Wurzeln treten aus dem Erdbreich wie die Hörner des Bergbodes hervor.

Es geht jetzt durchs Schiff, rings herum zieht sich ein Lärchenwald hin. Dahinter, der bronzene Jugentos — aufgetürmte Steinmassen. Es riecht nach Nadelwald.

Der Abhang vor ihnen droht ein Wagen herunter. Mit der Leine wie mit Wasserfang fuchsend, steht der Pope Nidor, zottig wölkchenähnlich auf dem Wagen. Brüllt, daß es schallt: „Achtung! ... Weg frei! ...“

Als er an den Wagen herantrat, hielt er das Pferd an und schrie: „Mit Gott, Bauern! ... Wißt ihr, daß meine Dienen im Honig erlaufen? ... Eimer voll Honig! ... Und der Honig in der Stadt ist so teuer, daß es eine Krone! ... Die Brettel! Gott sei es gedankt! ...“

Pawel sagte gedehnt: „Bring mich bis zum Dorf! Den ganzen ... thoden habe ich mir auf dem verfluchten Sattel aufgetrieben.“

Der Pope lachte: „Mir ist es recht! ... Komm mit!“

Er sprang vom Wagen, nahm Pawel auf die Arme und brachte ihn herüber. Dann band er das Pferd los. Pawel sprach vom Wagen her: „Da merkt man gleich, was ein geistlicher Stand ist: hat noch auf den Armen hinübergebracht ... Mein Vater, der nach Sibirien verschickt wurde, war auch ein Seminarist.“

Der Pope trieb das Pferd an und sagte: „Solche Seminaristen gibt es nicht.“

„Er war aber einer. Der Zar hat's befohlen. Der Selbst-scher. Hast du verstanden?“

Der Wagen drohte den Abhang hinab. Die schneeigen Berggruppen waren kalt, mit Flechten bedeckt. Der blaue kräftige Wind strich über sie hinweg. Die Pferde hatten einen milden, rosafarbenen Schaum.

Nastasja Maximownas Gesicht wurde heller. „Steine“, sagte sie gedehnt. Ihre Pupillen bekamen einen weichen, sehnsuchtsvollen Ausdruck.

„Stein, Nastasjuska.“

Gegen Abend, als die Schneeberge sich wie rote Saffron-Beeren gen Himmel erhoben, — holtten sie auf dem Wege einen schwarzäugigen, krummhaligen Mann ein.

„Sich dich“, sagte Wikrat Jesimtsch. Der Mann stieg zu ihnen in den Wagen und fragte: „Wohin geht er? Seht nach Haus? ...“

„Ich weiß nicht“, antwortete Wikrat Jesimtsch. Nastasja tief mit dem ganzen Körper.

Der Mann bläute ihm ins Gesicht, legte seine steinharte Hand auf die Brust und sagte: „Erstmal sehe Mensch — denn nicht weiß, wohin er geht ... Ja! ... er kommt zu mir? ... Ja!“

XII.

Träge schäft der Fuchs in den Wäldern. Aus Einzellichem Golde ist sein Schweif. Die bläulichen Augen — die Schneckentuppen der Larbagataiberge.

Hier ist das Waldhaus des Kaufmanns Kalmykow, genannt die Fuchshütte. Der Kaufmann ist in der Stadt von den Weibern erschossen worden, in die Waldhütte aber ist der Aufstand eingezogen.

Eigen umkreisen die breite tiefe Lichtung. Pflügeruch stömt der zottige, tiefrote Epenwald aus.

Und die schwarzvioletten Flecken auf dem wolligen gelben Schweif — bilden Schuppen, Katzen und Viehställe.

Und der Rauch der Feuer ist gelb und bid wie Fichtenharz. Im hellgoldenen Himmel fliekt, schmilzt dichtes gelber Sonnenkumpen.

Ein bronzehaariges Bauerlein suchte wild mit den Armen seines zerrißnen Kittels. Riß die Mäse vom Kopf. „Dem Wikrat Jesimtsch — unter Wätkommen! Fahre zum Stabsgebäude, ich werde dich mit Tee bewirten.“

Er sprang auf den Vorderfuß und riß, freudig grinsend, an der linken Leine: „Sicher, Jesimtsch. Kommst du in Geschäften oder so?“

„Nur so.“

„Das ist recht! Dieser Lage haben sich hier zwei aus der Stadt eingefunden, wollten handeln, aber es mochten wohl Spione sein ... Man wußte nicht recht. Aber unsere Burschen waren nicht dumme und haben sie kalt gemacht ... Wir selbst handeln — es geht — aber Frensch: laien wir nicht herein. Meinst du nicht auch, daß man sie nicht hereinlassen soll?“

„Ja, ja!“ sagte befriedigt das Bauerlein. (Fortsetzung folgt)

Russischer Militarismus?

Besonders die sozialdemokratische Presse hört nicht auf mit der Verleumdung, daß Sowjetrußland imperialistische Politik betreibt und einen roten „Militarismus“ züchte. Die beste Widerlegung dieser Lüge bildet das „Rote Merkblatt für die Krieger der Arbeiter- und Bauernarmee und der Roten Flotte“ (erschienen im Verlag Karl Hohn, Hamburg, 28 Seiten, Preis M. 0,10). In diesem Merkblatt werden die Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Roten Flotte Rußlands über ihre Aufgaben im Frieden und im Kriege belehrt. Die militärische Ausbildung erfolgt bis in die Einzelheiten hinein unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung des Arbeiter- und Bauernlandes, der Solidarität mit den Werktätigen aller Länder und des Kampfes gegen die Feinde jedes Sowjetstaates. Solidarität und revolutionäre Disziplin treten überall an die Stelle des Kalternendrills und des Kadavergehörigens gegenüber Offizieren.

Wenn die S.D.-Presse es wagen würde, auch nur einen Abschnitt des Roten Merkblattes abzufragen, dann würden für immer die Lügen über den russischen „Militarismus“ zerstört.

Der Rote Offizier.

Aus dem „Roten Merkblatt für die Krieger der Arbeiter- und Bauernarmee und der Roten Flotte“ (Verlag Karl Hohn, Hamburg, 28 Seiten, Preis 10 Pfg.) entnehmen wir folgende charakteristische Anweisung für die Offiziere der Roten Armee:

„Der Kommandeur muß bestrebt sein, das volle Vertrauen seines Truppenteils zu gewinnen. Er kann dies erreichen, indem er tagaus, tagan in der Praxis die notwendigen Eigenschaften eines militärischen Führers beherrscht: Beharrlichkeit, Gerechtigkeit, Ausdauer, festes kriegerisches Wissen und genaue Kenntnis seines Truppenteils. Die Disziplin, die der Kommandeur von den anderen fordert, muß er auch selber in sich haben.“

Das Ärgste am Kommandeur ist die Unerschlossenheit, die weiß aus ungenügender Kenntnis seiner Sache, seiner Pflichten und seiner Aufgabe entspringt.

Ein guter Kommandeur lehrt nicht nur die anderen, sondern lernt auch unermüdet selbst. Er verfolgt die ihm zugängliche Kriegsliteratur und verknüpft in seinem Gedächtnis ihre Lehren mit den Lehren der eigenen Erfahrung. Kommandieren heißt ununterbrochen an sich selbst arbeiten, sich beständig vervollkommen, unermüdet von Stufe zu Stufe aufwärts steigen.

Der Geist der Gewalt, der dem Offiziersstand der bürgerlichen Armeen eigen ist, ist der Armee der Arbeiter und Bauern unbedingt fremd und feindlich. Der Hochmut, die Großmuthaft, das Gedemüt, die Ausschweifung, das Duellantentum und die anderen gewöhnlichen Eigenschaften des Offizierslebens können in der öffentlichen Meinung der Roten Armee und des sozialistischen Landes nur Verurteilung und Berichtigung finden. Der Rote Kommandeur sieht seine Ehre darin, des Vertrauens der Werktätigen würdig zu sein, die ihm seinen hohen Rang anvertraut haben.“

Hat die „Landwirtschaft“ noch Geld?

Wenn man die Landwirtschafspresse hört, möchte es scheinen, als ob alle Rittergutsbesitzer Matthäi am letzten seien und keinen roten Heller mehr besitzen, um damit die Landarbeiterlöhne und den Kaufmännern zu bezahlen. Gerade zu rechter Zeit deshalb läuft eine Mitteilung des Städtischen Amtes durch die Presse (s. Deutsche Bergwerkszeitung vom 1. August 1924), wonach der „Eingang der Agrarpreise im letzten Viertel außerordentlich stark“ war und „nachhafte Abschüsse auch für August und Septemberbereinigungen bereits gefällig worden sind“. Durch diese mächtige Mitteilung des Städtischen Amtes, das mit seinem Sommergeschäft auf dem Inlandsmarkt durchaus zufrieden ist, wird jenes Geschrei der Landwirtschafspresse gestoppt und die „Not der Landwirtschaft“ auf jenes Maß von Kapital- und Kreditknappheit zurückgeführt, das tatsächlich vorhanden ist.

Es besteht kein Zweifel, die Rittergutsbesitzer und Großpächter haben Geld, denn für die vom Städtischen Amt für den Sommer eingeräumte Preisvergünstigung ist „Barzahlung in Höhe von wenigstens einem Viertel des Rechnungsbetrages“ bedingungslos. Auf alle Barzahlungen, wenn sie ein Viertel des Rechnungsbetrages übersteigen, ist ein Nachschuß von 7½% gewährt. Dieser Nachschuß hat also das angeblieh verhängene Geld der Bauer doch zum Vorschein gebracht, denn um 7½% Nachschuß zu erhalten, muß man nicht fremdes Geld zu Zinsen von 4-6% von dem Staat erpreßten Erntezinsanteile können anderweitig angelegt werden.

Wie steht es aber mit den kleinen und mittleren Bauern? Haben sie auch insofern, ihren Städtischen Bedarf zu den oben genannten günstigen Bedingungen zu beziehen, oder werden sie erst nach der Ernte zu erhöhten Preisen kaufen müssen? Wägen die Kleinbauern einmal nachzusehen, was der Landbund zu ihren Gunsten von den Städtischen Kapitalisten herausgebringt hat. Sie werden dann erkennen, daß der Landbund nichts ist, als die Interessengemeinschaft der Großagraren, für die der arbeitende Bauer das Stimmrecht ist, sonst nichts. Für die Kleinbauern bleibt die einzige Forderung: Staatliche Zuteilungen der erforderlichen Kaufmännermengen zu verbilligten Preisen, Festsetzung dieser Preise, Kontrolle und Verteilung der selbständigen Kleinbauernorganisationen.

Wie wir hören, haben die der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Landwirte, Pächter und Erben“ angehörenden Kleinbauernorganisationen bereits Anträge in dieser Richtung, auch wegen Festsetzung der Erntezinsanteile gestellt. Sie werden erkennen, daß auch diese Forderungen nur durch Kampf im Bündnis mit dem revolutionären Proletariat zu erreichen sind.

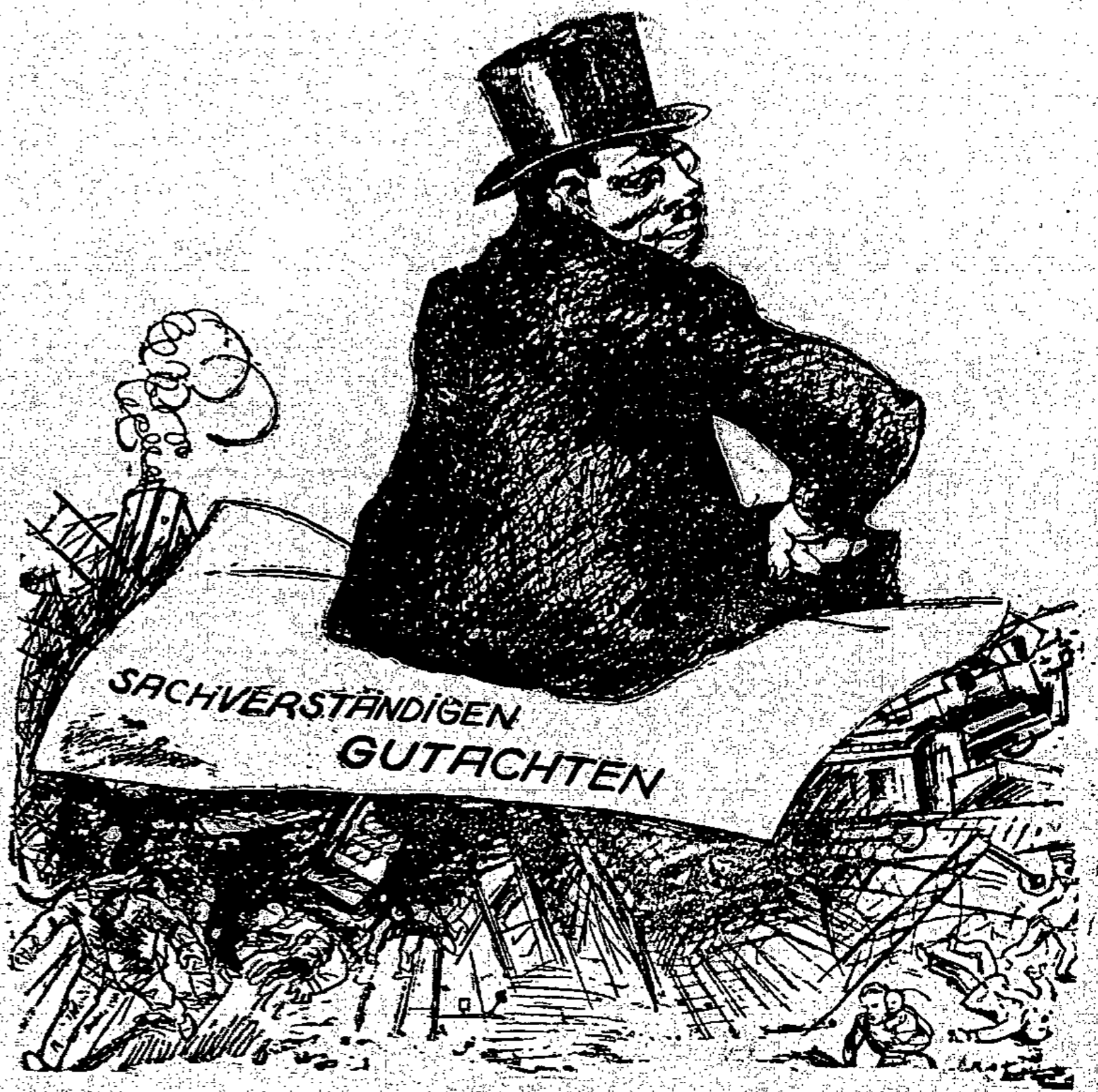
Gegen die Hauswirte.

Seit letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Arbeiter, Kleinrentner, Erwerbslose usw. infolge ihrer durch die große Notlage hervorgerufenen Zahlungsunfähigkeit der Mieter vom Hauswirt einfach aus der Straße gejagt werden.

Um dieses uralte Vergehen der Hauswirte vor aller Öffentlichkeit bloßzustellen und um zu ermöglichen, daß deren uneingeschränkte Grausamkeit gegenüber den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrisis eingedämmt wird, hat die Kommunistische Kreisliga folgende Anträge eingebracht:

Nach Paragraph 3 des Gesetzes über Mietverhältnisse und Mietschuldensicherung vom 1. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I 1923, S. 353) erhält folgender Absatz 4:

Ein Mieter des Vermieters auf Anhebung des Mietverhältnisses besteht nicht, wenn die Zahlungsunfähigkeit durch Erwerbslosigkeit oder Krankheit eingetreten ist oder durch Notstände bei Kriegswirtschaft, Sozial- und Wirtschaftskrisen und anderen außerordentlichen Umständen im Sinne des Paragraphen 1 der Mietverhältnisseordnung vom 13. Februar 1924 verursacht ist.“



Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen.

Im Februar dieses Jahres ist bei den Großstädten eine Kundfrage über die Verwendung der Erwerbslosen zu Pflicht- und Nothstandsarbeiten veranstaltet worden. Es liegen Antworten vor aus folgenden 41 Städten:

1. Augsburg, 2. Aachen, 3. Altona, 4. Barmen, 5. Berlin, 6. Bochum, 7. Braunschweig, 8. Buxtehude, 9. Breslau, 10. Chemnitz, 11. Crefeld, 12. Dortmund, 13. Dresden, 14. Düsseldorf, 15. Elberfeld, 16. Erfurt, 17. Gelsenkirchen, 18. Halle, 19. Hamburg, 20. Hannover, 21. Jena, 22. Kiel, 23. Köln, 24. Königsberg, 25. Leipzig, 26. Lübeck, 27. Magdeburg, 28. Mannheim, 29. Mainz, 30. München, 31. Oldenburg, 32. Münster, 33. Mülheim-Ruhr, 34. Nürnberg, 35. Oberhausen, 36. Osnabrück, 37. Saarbrücken, 38. Stuttgart, 39. Tübingen, 40. Wiesbaden, 41. Essen.

Als Grundlage für das nachstehende Ergebnis diente eine vom Magistrat Königsberg angefertigte tabellarische Zusammenstellung.

a) Pflichtarbeit.

Pflichtarbeit ist eingeführt in 28 von 41 Städten. Die Arbeitszeit der jeweils zu diesen Arbeiten herangezogenen Erwerbslosen beträgt wöchentlich

- 24 Stunden in 11 Städten (4, 6, 7, 12, 14, 15, 16, 17, 21, 26, 33);
- 20 Stunden in 1 Stadt (34);
- 18 Stunden in 2 Städten (1, 24);
- 16 Stunden in 4 Städten (13, 23, 31, 35);
- 12 Stunden in 2 Städten (32, 38);
- 8 Stunden in 7 Städten (5, 9, 10, 13, 19, 22, 25);
- 4 Stunden in 1 Stadt (3).

Von den 596 629 unterrichteten Vollerwerbslosen, welche 25 Städte am Ertrage antworten, wurden jedoch täglich nur 25 252 beschäftigt, das sind 42,3 Prozent.

Die von den Erwerbslosen geleisteten Nothstandsarbeiten betragen in den 25 Städten zusammen 33 333. Das ist die Arbeitsleistung von 1373 Vollerwerbslosen bei achtstündiger Arbeitszeit.

Hält man die Gesamtzahl der Arbeitslosen in diesen Städten den geleisteten Nothstandsarbeiten entgegen, so ergibt sich, daß im Durchschnitt jeder Erwerbslose in der Woche nur 35 Minuten arbeitete, im Jahre 30 Stunden 20 Minuten, das sind nicht ganz 4 Arbeitsstage!

II. Pflichtarbeit ist nicht eingeführt in 13 Städten, zum Teil aus folgenden Gründen:

1. Da dieses Verfahren sich nicht bewährt hat (8);
2. Da es an Arbeitsmöglichkeiten fehlt (21, 31);
3. Weil die Durchführung aus Schwierigkeiten stößt (35);
4. Da die Verwaltungsbehörde bisher die Befugnis nicht erteilt hat (2, 23, 40).

III. Der Begriff der gemeinnützigen Arbeit wird a. a. wie folgt ausgelegt:

1. Die Arbeit muß dem allgemeinen Erge dienen und darf privaten Interessen keinen direkten Vorzug gewähren (1, 25, 27, 33, 37, 38, 39).

Durch die gemeinnützige Arbeit dürfen nicht solche Produkte geschaffen werden, welche die Privatwirtschaft herstellt, da durch die Konkurrenz der Arbeitsprodukte der Arbeitsmarkt verengt würde (3).

2. Als gemeinnützig werden alle Arbeiten in nicht werbenden Betrieben angesehen, die dem allgemeinen Nutzen dienen (22).

3. Als gemeinnützig werden solche Arbeiten angesehen, welche der Allgemeinheit zum Nutzen gereichen, für die Erntezeit und die oder nicht in genügendem Umfange vorhanden sind, und die sonst wegen der fehlenden finanziellen Lage unzumutbar bleiben würden, und zwar sowohl forstliche wie geistige Arbeiten (24).

IV. Die Festsetzung, ob eine Arbeit als gemeinnützig anzusehen ist, erfolgt nach den

1. Verhältnissen des Arbeitsgebietes in allen Städten mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten;
2. Fernabsatzmöglichkeit des Landeserzeugnisses (Berlin);
3. Unternehmungsart des Fernabsatzgebietes (21);
4. Gemeindeverhältnis und Fernabsatzgebiet (17);
5. Gemeindeverhältnis (1, 12, 21, 22);
6. Die Arbeitsbehörde, welche Ermittelungen im Sinne des Arbeitsgesetzbuches (24) durchführt;
7. Nicht beantwortet (6, 12).

V. Den Pflichtarbeitern werden folgende Vergütungen gezahlt:

1. freies Mittagessen aus der Volkstüche (7, 13, 21, 30);
 2. warmes Essen für 5 Pfg. bzw. 10 Pfg. (4, 26);
 3. warmes Mittagessen für Arbeiter im Freien und im Bedarfsfalle verbilligte Schuhe und Arbeitskleidung (9);
 4. warmes Essen und bezahlte Vermittlung in tariflich bezahlte Arbeitsstellen (27);
 5. warme Suppe und Kaffee für Arbeiter auf dem Meisel (32);
 6. Mittagessen einmal in der Woche (auch für die Angehörigen) (25);
 7. warmes Mittagessen in besonderen Fällen (ferner Lebensmittel und Schuhe) (36);
 8. Speisemarkt für die städtische Speiseanstalt, wenn über die vorgeschriebene Zeit hinaus gearbeitet wird, und in besonders dringenden Fällen Schuhwerk und Kleidungsstücke (10);
 9. warmes Essen für 8 Stunden Arbeit (18);
 10. warmes Mittagessen (1 Liter), von Zeit zu Zeit Kohlen und Brot sowie wöchentlich 3 Kubm. Gas (15);
 11. Kohle, Brot und Fett für Schneeräumungsarbeiter (1);
 12. Berücksichtigung bei der Ausgabe von Gutscheinen für Lebensmittel und Brennstoffe an Minderbemittelte (22);
 13. Schuhwerk (28);
 14. Sondervergütung in bar (50 Pfg. pro Tag) oder in natura (Brot, Mittagessen) (5);
- Keine Vergütungen werden gewährt in 11 Städten (8, 12, 14, 16, 17, 19, 20, 24, 33, 38, 41).

VI. Als Beschäftigungsart sind hauptsächlich folgende Arbeiten zu nennen: Reinigung von Straßen und Wasserläufen, Schneeräumungsarbeiten, Erdarbeiten auf Straßen, Spielplätzen, Flugplätzen, Friedhöfen und in Parkanlagen, sonstige Garten- und Forstarbeiten, Instandhaltung und Abruch von Häusern, Reinigung von Amtsräumen und Schulen, Hilfeleistungen beim Arbeitsamt und den Zahlstellen der Unterführung, in Volkshäusern und sonstigen Wohlfahrtsanstalten, mechanische Büroarbeiten. Handwerksmäßige Ausbildung wird verhandelt für die Anfertigung und Ausbesserung von Kleidungsstücken, Erwerbslosen und Pflegeheimen, für Buchbinderarbeiten in Schulen und Malerarbeiten in städtischen Grundschulen.

b) Nothstandsarbeiten.

1. Nothstandsarbeiten werden in 24 Städten von 41 Städten ausgeführt. Die Arbeitszeit der jeweils herangezogenen Erwerbslosen beträgt wöchentlich

- 48 Stunden in 13 Städten (1, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 16, 17, 19, 21, 22, 24, 25, 29, 31, 34);
- 36 Stunden in 2 Städten (4, 33);
- 24 Stunden in 5 Städten (12, 21, 25, 39, 41).

Mit 11 611 Nothstandsarbeiten werden in 17 Städten durchschnittlich 4133 Erwerbslose beschäftigt, das sind nur 1,35 Prozent der insgesamt in diesen Städten vorhandenen Erwerbslosen.

Die Zahl der geleisteten Arbeitswochenstunden beträgt 179 833, das ist die Arbeitsleistung von 3746 Vollerwerbslosen. Stellt man die insgesamt in diesen Städten vorhandenen Erwerbslosen den geleisteten Nothstandsarbeiten entgegen, so ergibt sich ebenfalls wie bei der Pflichtarbeit im Durchschnitt für jeden Erwerbslosen eine wöchentliche Arbeitsleistung von 35 Minuten, das sind im Jahre 30 Stunden 20 Minuten oder nicht ganz 4 Arbeitstage.

Mit großen Nothstandsarbeiten sind in 7 Städten durchschnittlich 809 Erwerbslose beschäftigt, das sind 0,318 Prozent der insgesamt in diesen Städten vorhandenen 272 590 Erwerbslosen. Geleistet werden 38 352 Arbeitswochenstunden, das ist die Arbeit von 799 Vollerwerbslosen. Auf die Gesamtzahl der in diesen Städten vorhandenen Erwerbslosen verteilt, beträgt die Arbeitszeit jedes einzelnen in der Woche 3 Minuten oder im Jahre 6 Stunden 56 Minuten.

II. Keine Heranziehung zu Nothstandsarbeiten findet statt in 17 Städten. An Grund und angegeben:

1. Keine der Verwaltungsbehörden (2, 23, 40);
 2. Mangel an Mitteln (31);
- Die Einführung IV in 3 Städten (3, 13, 35) be...

Diese Kundfrage gibt ein umfassendes Bild über die verschiedenen Auslegung jener herangezogenen Paragrafen und zeigt, daß die Gemeindeverwaltungen, die Rückgrat und festes Fundament bilden, sehr wohl jene Zwangsarbeit der Erwerbslosen in erträgliche Bahnen leiten können.